

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher neue Zeitung. 1947-1949 1947

55 (3.12.1947)

Die Deutsche Allgemeine

KARLSRUHER NEUE ZEITUNG

Ercheinungstage: Montag, Mittwoch und Freitag. — Einzelpreis RM 1.50, monatlicher Bezugspreis RM 3.20 (inkl. RM 0.30 Trägergebühr, bei Zustellung durch die Post RM 2.60 zuzüglich Zustellgebühr.

Anzeigenpr.: Die 30 mm br. Nonp-Zeile Karlsruher Ausgabe RM 1.50; Pforzheimer Ausgabe und Württembergische Abendblatt je RM 1.—; Gesamtanzeige RM 2.—. Amtl. Anzeigen 50% Nachsl.

1. Jahrgang / Nr. 55

Mittwoch, den 3. Dezember 1947

Einzelpreis 20 Pfennig

Die Kraftprobe in Frankreich

Stürmische Sitzungen der Nationalversammlung — Kommunisten nehmen drohende Haltung ein

Paris, 2. Dez. (Dena-Reuters.) In gespannter Atmosphäre trat die französische Nationalversammlung in die Debatte über den zweiten Teil der Regierungsvorlage zur Verteidigung der Republik ein. Zu Beginn der Sitzung kam es, obwohl nur wenige Abgeordnete anwesend waren, bereits zu heftigen Wortgefechten zwischen der Rechten und Linken, so daß der Präsident der Nationalversammlung Mühe hatte, die Ordnung aufrecht zu erhalten.

Die Nationalversammlung tagte in einer neunstündigen Sitzung, ohne zur Erörterung des ersten Artikels der von der Regierung vorgeschlagenen Maßnahmen zur Bekämpfung der Sabotage zu gelangen. Die Sitzung, die äußerst stürmisch verlief, mußte zweimal wegen allzu großen Lärms unterbrochen werden. Während der scharfen Wortgefechte rief der Minister für Pensionen und Angelegenheiten ehemaliger Soldaten, Francois Mitterrand (Radikaler), dem Leiter der französischen Kommunisten, Maurice Thorez, zu: Selen Sie ruhig, Thorez, Sie hatten gerade Gelegenheit, die wir nicht gehabt haben. Diese Anspielung auf den Besuch Thorez in Moskau und Warschau und Berlin verursachte unter den kommunistischen Abgeordneten große Erregung, die auf die Punkte mit solcher Heftigkeit schlugen, daß die Sitzung zeitweilig unterbrochen werden mußte.

Jacques Duclos, der Generalsekretär der kommunistischen Partei Frankreichs erklärte laut INS, jeder Versuch, die im „Staatstreck“ befindlichen Kommunisten von der Rednertribüne der Nationalversammlung zu entfernen, könne zu einer allgemeinen kommunistischen Revolte und zu ausgedehnten Kämpfen in Frankreich führen.

Der kommunistische Abgeordnete Raoul Calas beendete laut Reuter am Dienstagmorgen seinen Sitzkreis, und verließ ohne Zwischenfall in Begleitung der übrigen kommunistischen Abgeordneten die französische Nationalversammlung, kurz nachdem Präsident Herriot beschlossen hatte, das ganze Gebäude durch Polizei räumen zu lassen, um besondere Maßnahmen gegen Calas zu vermeiden.

Tätigkeiten im Rat der Republik
Paris, 2. Dez. (Dena.) Zu Tätigkeiten zwischen sozialistischen und kommunistischen Mitgliedern des Rates der Republik kam es während der Debatte des Rates über das von der Nationalversammlung verabschiedete Gesetz, das die Regierung zur Einberufung von 20 000 Reservisten ermächtigt. Nach einer zweistündigen, erregten Debatte, in deren Verlauf die kommunistischen Mitglieder des Rates dem anwesenden Premierminister Schuman beschuldigten, im Jahre 1944 ein deutscher Offizier gewesen zu sein und „die Republik betrogen“ zu haben, wurden der Sozialist Darsault und der Kommunist Guyot handgemein. Darauf mitschrien sich andere Ratmitglieder ein, und es dauerte mehrere Minuten, bevor Polizisten und andere Ordnungsbewahrer die Ruhe wieder herstellen konnten.

Mit 404 gegen 182 Stimmen wurden dem laut AFP der Entwurf des Gesetzes über die Freiheit der Arbeit angenommen. Anschließend wurde über den kommunistischen Gegenantrag abgestimmt, der in einem einzigen Artikel vorsieht, daß das Streikrecht garantiert sein soll und in keinem Fall eingeschränkt werden darf. Vor der Zählung der Stimmen war die Sitzung auf 11.30 Uhr deutscher Zeit verschoben worden.

Die Streiklage in der franz. Hauptstadt
Paris, 2. Dez. (Dena.) Die Streiklage in der französischen Hauptstadt hat sich gebessert. Durch die Räumung der von den Streikenden besetzten Elektrizitätswerke konnte die Untergrundbahn wieder in Betrieb genommen werden. Die Kinos und Theater nahmen ebenfalls ihre Vorstellungen wieder auf. Auch im Post- und

Telegraphenwesen sind fast alle Angestellten wieder an ihre Arbeit zurückgekehrt. An den Pariser Bahnhöfen hat sich die Lage im Laufe des Tages gebessert. Der Vorortverkehr ist zum größten Teil wieder aufgenommen worden.

Die französische Regierung schreitet laut Reuter energisch gegen kommunistische Flugblattverteilung ein. 14 Personen wurden deshalb während der Nacht zum Dienstag verhaftet. Wie AFP berichtet, verurteilte ein Pariser Gericht 114 Streikende wegen Behinderung der Arbeitsfreiheit zu einem Monat Gefängnis mit Bewährungsfrist. Die Kommunistische Partei gab laut Reuter bekannt, daß alle kommunistischen Deputierten ein Monatsgehalt zur Verfügung gestellt haben. Die Gesamtsumme beläuft sich auf acht Millionen Franken.

Noch keine entscheidenden Fortschritte

Kein Übereinkommen über Hinzuziehung deutscher Vertreter — Noch viele offene Fragen

London, 2. Dez. (Dena-Reuters.) Die Außenminister der vier Großmächte konnten auf ihrer Montagssitzung keinen entscheidenden Fortschritt bei der Erörterung der Frage erzielen, ob die Vertreter einer zukünftigen deutschen Regierung beim Entwurf des deutschen Friedensvertrages zu Rate gezogen werden sollen. — Es konnte ebenfalls noch kein endgültiges Übereinkommen darüber erzielt werden, ob und zu welchem Zeitpunkt ein Friedensvertrag von einer deutschen Zentralregierung unterzeichnet werden soll. Der US-Vorschlag über das Abstimmungsverfahren bei der zukünftigen Friedenskonferenz wurde, nachdem ihm noch einige Zusätze von Außenminister Marshall angefügt worden waren, von Molotow und Bidault angenommen. Der britische Außenminister Ernest Bevin behielt sich seine Stellungnahme zu dieser Frage vor. Es entspann sich auf der Sitzung eine lange Debatte über die Frage, ob in einer zukünftigen deutschen Verfassung niedergelegt sein soll, daß alle Regierungsgewalten von einem deutschen Staat hergeleitet werden sollen. Der sowjetische Außenminister Molotow gab eine längere Erklärung zu dieser Frage ab. Die Außenminister konnten jedoch noch hier zu keiner Einigung gelangen.

Einigung über einige Fragen
London, 2. Dez. (Dena.) Die Außenminister beschäftigten sich auf ihrer Dienstagssitzung vornehmlich mit einem Dokument, das die Befragung kleinerer alliierter Mächte bei den Verhandlungen über einen deutschen Friedensvertrag behandelt. Ueber gewisse Punkte wurde Einigung erzielt, doch blieben viele Fragen offen, die in einer späteren Sitzung erörtert werden sollen. Die Außenminister beschlossen, den Bericht der Sonderbeauftragten für Österreich am Mittwoch zu erörtern. In diesem Bericht

kommt zum Ausdruck, daß die Sowjets den französischen Kompromißvorschlag über eine Definition der deutschen Vermögenswerte im Oestereich in vollem Umfang ablehnen, während die Regierungen Großbritanniens und der Vereinigten Staaten dem französischen Plan zustimmen. Ferner wurde beschlossen, die Mittwochsitzung früher beginnen zu lassen und im gesamten etwas kürzer zu halten, da die Außenminister und ihre Delegationen am Mittwochabend von König Georg empfangen werden.

Den Außenministern lagen auf ihrer Dienstagssitzung vier Punkte zur Begutachtung vor:

1. Die Zusammensetzung der ständigen Ausschüsse für die deutsche Friedenskonferenz.
2. Die Frage der Teilnahme Chinas an dieser Konferenz.
3. Aus welchen Nationen sich Untersuchungsausschüsse zusammensetzen sollen.
4. Die Zusammensetzung der Informationskonferenz, die ebenfalls einen Teil der Friedenskonferenz bilden wird.

Großbritannien und die Vereinigten Staaten traten energisch für das Recht der kleineren alliierten Mächte ein, an der Arbeit der vier Ausschüsse teilzunehmen, die den deutschen Friedensvertrag entwerfen sollen. Marshall und Bevin vertraten die Auffassung, daß die kleineren Alliierten ein prinzipielles Recht zur Teilnahme hätten und nicht nur auf Einladung der vier Großmächte herangezogen werden sollten. Marshall verteidigte insbesondere das Recht Kanadas, in den Hauptausschüssen vertreten zu sein. Im Krieg habe Kanada bei einer Gesamtbevölkerung von zwölf Millionen eine Million Mann unter Waffen gehabt und dabei große Menschenopfer gebracht. Die Ratschläge und Erfahrungen der kanadischen Regierung könnten durch die Teilnahme Kanadas an den vorgesehenen Hauptausschüssen bei der Friedenskonferenz für die Großmächte nur von Nutzen sein.

Molotow wies einen Vorschlag zurück, wonach die Hauptausschüsse nur aus Mitgliedern der vier Großmächte bestehen sollen und sprach sich zu Gunsten des französischen Planes aus, demzufolge die großen Vier das Recht erhalten sollen, Vertreter der kleineren Alliierten einzuladen. Marshall und Bevin zeigten sich mit dieser Erklärung nicht zufrieden. Es

Arabischer Widerstand

Ein Manifest an alle Araber — Mit allen Mitteln gegen UN-Entscheidung

Jerusalem, 2. Dez. (Dena.) In einem Manifest an alle Araber erklärte das arabische hohe Komitee den Teilungsausschuß für null und nichtig. Die beabsichtigten beiden Staaten könnten nur auf Leichen und Totenschädeln errichtet werden. „Die Juden sollen wissen, daß sie ihre Ziele nur durch Ströme von Blut erreichen.“ Syrische Demonstranten versuchten aus Protest gegen den UN-Teilungsausschuß die US-Gesandtschaft in Damaskus anzugreifen. Sie steckten das kommunistische Parteibüro in Brand und griffen die heilige Bank an.

Kairo, 2. Dez. (AP) Der Generalsekretär der arabischen Liga, Abdel Rahman Azzam Pascha, erklärte, die arabischen Länder werden die Durchführung der Entscheidung über die Palästina-Teilung nicht gestatten und sich ihr mit Gewalt widersetzen. Man sei jetzt zu einem entschiedenen Kurs gezwungen, bei dem es

weder bei den Arabern Palästina noch bei der gesamten arabischen Welt ein Zurück gäbe.

Wilde Ausschreitungen in Jerusalem
Jerusalem, 2. Dez. (Dena.) Der erste Tag des arabischen Generalstreiks, an dem etwa 1 1/2 Millionen Araber teilnahmen, hat mit wilden Ausschreitungen begonnen. Jerusalem, die heilige Stadt der Christen, Juden und Araber, ist in Aufruhr. Schreitende Demonstranten füllen die Straßen an, Rauch und Feuerschein von brennenden Gebäuden stehen am Himmel. Polizei, Militär und Panzerfahrzeuge sind aufgeboten, um Ausschreitungen zu verhindern. Am Nachmittag setzten Juden, Reuter zufolge, das „Rex“-Kino, das größte amerikanische Kino der Stadt, in Brand, nachdem arabische Jugendliche an jüdische Warenhäuser und Geschäfte Feuer gelegt hatten. Man schätzt, daß ungefähr fünfzig Geschäfte durch Feuer zerstört wurden. Die Feuerwehr umliegender Truppenlager wurde zum Löschen der Brände eingesetzt. Aller Verkehr zwischen Jerusalem, Tel Aviv und Jaffa ist unterbrochen. Ueber die arabischen Stadtviertel von Jerusalem wurde während der Dunkelheit Ausgangssperre verhängt.

Damaskus (Dena.) Im Anschluß an kommunistische Zusammenkünfte in Damaskus hat das syrische Innenministerium die Auflösung der kommunistischen Partei Syriens und die strafrechtliche Verfolgung ihrer Vorstände angeordnet.

Arabisches Jugend zum Kampf aufgefordert
Kairo, 2. Dez. (Dena.) Der Generalsekretär der arabischen Liga, Azzam Pascha, forderte, die DNS berichtet, am Dienstag die arabische Jugend auf, nach Palästina zu gehen und zu kämpfen.

In Kairo sahen Tausende durch die Straßen und schrien: Nieder mit dem Imperialismus, nieder mit Amerika, nieder mit dem kommunistischen Rußland!

wurde kein Übereinkommen in dieser Frage erzielt, die darauf den Stellvertretern überlassen wurde.

Zu der Frage, wer an der Informationskonferenz teilnehmen soll, entschieden sich die britische und die französische Delegation dafür, daß sie aus den großen Fünf und neunzehn alliierten Nationen, sowie einigen noch nicht bestimmten Staaten, darunter aber Iran, bestehen sollte. Weiter am Krieg gegen Deutschland beteiligte Staaten sollten zu Rate gezogen werden, aber nicht teilnehmen. Molotow schlug später vor, daß der zweite Teil der anglo-französischen Vorschläge, nämlich die Befragung ehemals kriegsführender Staaten, dem sowjetischen Text hinzugefügt werden sollte.

UN-Vollversammlung beendet Sitzungsperiode

Neue Konfliktstoffe geschaffen — Der Teilungsplan positive Entscheidung

New York, 2. Dez. (Dena-Reuters.) Die mit dem Beschluß zur Teilung Palästinas beendete diesjährige Tagungsperiode der UN-Vollversammlung hat nach Meinung vieler Delegierten neue Konfliktstoffe geschaffen. Die wichtigsten Ergebnisse der Tagung waren: 1. Die Bildung der Balkankommission zur Überwachung der griechischen Grenzen, 2. Die Schaffung der Korea-Kommission zur Überwachung der Wahl eines demokratischen Parlaments in dem von den USA und der UdSSR besetzten Korea, 3. Die Schaffung der sogenannten „Kleinen Vollversammlung“, eines ständigen Sicherheitsorgans, dessen Aufgabe es sein wird, Fragen zu erörtern, die den Weltfrieden berühren könnten, 4. Die Errichtung der Palästina-Kommission, welche die Bildung des neuen jüdischen und arabischen Staates in Palästina überwachen soll. Nach den Worten eines europäischen Delegierten wird die „Kleine Vollversammlung“ eine „Versammlung der leeren Stühle“ sein, da die Sowjetunion und ihre europäischen Nachbarn ihr den Boykott erklärt haben, wie sie sich ebenfalls nicht an der Balkan- und Korea-Kommission beteiligen werden.

Als größte positive Entscheidung der Vollversammlung wird der soeben gefaßte Beschluß zur Teilung Palästinas angesehen. Nach Auffassung vieler Delegierten hat jedoch diese Regelung nur wenig zum Prestige der Vereinten Nationen beigetragen, weil, so wird behauptet, die Abstimmung unter Druck zustandekommen sein soll. Es hat sich nun er-

geben, daß die Sowjetunion eine Reihe von Organen der UN boykottieren wird, während die 4 arabischen Delegationen alle Entscheidungen der Vereinten Nationen über Palästina den Boykott angedeutet haben. In beiden Fällen gründeten sowohl die sowjetische als auch die arabische Gruppe ihre Opposition auf die Behauptung, daß die Entscheidung der Vereinten Nationen im Gegensatz zu der UN-Charta getroffen wurde. Während eine erregte Atmosphäre, das Palästina-Problem umgibt, brachten Vertreter der UN ihr Bestreben zum Ausdruck, daß die diesjährige Tagung die Kluft zwischen der Sowjetunion und den Westmächten nicht überbrückt, sondern sie nur noch erweitert hat.

Die Europahilfe

Washington, 2. Dez. (AP) Der Außenpolitische Ausschuß des Repräsentantenhauses hat in das Gesetz für die Soforthilfe eine Bestimmung aufgenommen, die die Wiederaufbau-Finanzierungsbehörde (Reconstruction Finance Corporation) ermächtigt, einen Betrag bis zu 100 Millionen Dollars vorzuschicken. Eine Bedingung besagt, daß die Empfängerstaaten alle aus den USA erhaltenen Waren kennzeichnen müssen, damit die Verbraucher die Herkunft der Unterstützung erfahren. Der Außenpolitische Ausschuß billigte auch eine Bestimmung, wonach die Gesamtmenge der Waren, die außerhalb der USA zu Preisen eingekauft werden dürfen, die höher als die amerikanischen Preise sind, auf 75 Prozent beschränkt werden soll. Außerdem wird gefordert, daß Petroleum, soweit es nach dem Programm geliefert wird, möglichst außerhalb der USA eingekauft werden soll.

Brotgetreidevorrat für 78 Tage

Stuttgart, 2. Dez. (Eig. Ber.) Wie der geschäftsführende Direktor der Militärregierung, Oberst Edwards, in einer Radiosprache erklärte, sei die Lebensmittel- und Brennstoffversorgung sowie der allgemeine Gesundheitszustand der württembergisch-badischen Bevölkerung in diesem Jahre bedeutend besser als in den vergangenen. Nur die Versorgung mit Elektrizität sei infolge der langen Trockenheit weniger hoffnungsvoll. Am 1. November habe Württemberg-Baden einen Brotgetreidevorrat für 78 Tage gehabt. Das sei ein bester Vorrat seit Ende des Krieges. Bedenklicher stehe die Lage bei der Kartoffelversorgung. Bis zum 1. 11. seien erst 70 Prozent erfüllt gewesen, und deutsche Stellen befürchteten, daß nicht mehr als 20 Proz. der Kartoffeln aufgebracht werden könnten. Aus Bayern vorgezeichnete 120 000 t sei fast noch nichts eingefahren. Col. Edwards glaubt, daß die Fleischration über den Winter beibehalten werden könne, während Zucker, Milch, Fett und Eier infolge der Trockenheit und der saumigen Ablieferung der Bauern auch weiterhin knapp wären. Falls nicht erstere Anstrengungen bei der Erfassung gemacht würden, könnten bisherige Rationen kaum aufrecht erhalten werden. —

Anträge und Fragen im Länderrat

Stuttgart, 2. Dez. (Dena.) Beratungen von Flüchtlingsfragen und einer Reihe von Gesetzes- und Verordnungsentwürfen standen im Mittelpunkt der 27. Tagung des Länderrates der amerikanischen Zone, die im Beisein von vierzehn zur Zeit auf einer Deutschlandreise befindlichen amerikanischen Journalisten stattfand. Vor Beginn der Arbeitssitzung beantwortete General George P. Hays, der stellvertretende amerikanische Militärgouverneur für Deutschland, in Vertretung des in London weilenden General Clay, Fragen der Abgeordneten.

General Hays gab bekannt, daß die Rechtsabteilung der amerikanischen Militärregierung zur Zeit die Frage der Verdrößerung und des Rechtsschutzes der deutschen Zivilarbeiter in Frankreich prüft. Deutscherseits wurde in der Arbeitssitzung die Schaffung staatsrechtlicher Verträge in dieser Angelegenheit angeregt. — Der bayerische Ministerpräsident, Dr. Hans Ehard, hat den stellvertretenden amerikanischen Militärgouverneur, General Clay den Wunsch des ganzen deutschen Volkes nach London zu übermitteln, daß er sich bei den Besprechungen der deutschen Kriegsgefangenen erinnern möge.

In seiner Arbeitssitzung nahm der Länderrat einen Antrag des Ausschusses für das Flüchtlingswesen an, wonach die „Regelung der Verlegung des Wohnortes

in ein anderes Land“ nochmals der amerikanischen Militärregierung unterbreitet werden soll. Der Länderrat stimmte weiter einem Antrag der Arbeitsgemeinschaft der deutschen Flüchtlingsverwaltung zu, wonach an OMGUS die Bitte gerichtet werden soll, aus Schleswig-Holstein je fünftausend Flüchtlinge und Ausgewiesene nach Bayern, Württemberg-Baden und Hessen, sowie fünfthundert nach Bremen und Nordrhein-Westfalen bereit zu erklären, ebenfalls je fünftausend, und Hamburg bereit ist, eintausend Flüchtlinge aus Schleswig-Holstein aufzunehmen. Ein endgültiger Ausgleich soll jedoch erst nach einer in allen Ländern erfolgten Wohnraumerhebung vorgenommen werden.

Der Länderrat nahm weiter Gesetzentwürfe über die Wiederverwertung der staatsangehörigen Ausgebürgerten, sowie über die Änderung und Lösung naziischer Zwangsmaßnahmen und heilige einen Gesetzentwurf über die Heimführung von Verdrängten und ähnlichen Fragen. Ein Nachtragetat von neunzigtausend Mark, die zu kulturellen Zwecken für die Kriegsgefangenen auszugeben werden soll, wurde ebenfalls gebilligt. Weiter wurde grundsätzlich Einigkeit erzielt, daß eine Sicherung der in der politischen Befreiung tätigen Personen notwendig sei. Der Länderrat vertagte sich auf den 7. Januar.

Welt-Rundschau

WASHINGTON, (Dena-INS.) Präsident Truman fordert am Montag den Kongreß auf, die Vollmacht der amerikanischen Seeherrschmachten zum Betrieb zum Verkauf und zum Verchartern regierungseigener, während des Krieges gebauter Schiffe bis zum 30. Juni 1948 zu verlängern, um eine Unterbrechung der lebenswichtigen Schiffsfahrtdienste zu verhindern. Der Präsident wies Israel hin, daß gegenwärtig mehr als 1200 Frachtschiffe, die zur Hälfte Teil von Transport von Mittelmeer nach Europa eingesetzt sind, von der Kontrolle an amerikanischen Privatpersonen verchartert sind.

WASHINGTON, (Dena-INS.) Die Vorsitzenden der Ausschüsse für öffentliche Angelegenheiten des Senats und des Repräsentantenhauses forderten am Montag Präsident Truman auf, den Export von Öl und Ölprodukten nach allen fremden Ländern mit Ausnahme der Philippinen zu verbieten.

WASHINGTON, (Dena-INS.) Das amerikanische Verteidigungsministerium, Abteilung Marine, gab bekannt, daß sich 18 amerikanische Kriegsschiffe, unter ihnen einer der beiden größten Flugzeugträger der Welt, in den Mittelmeer-Gewässern befinden.

WASHINGTON, (Dena-Reuters.) Der Gouverneur der Panama-Kanalzone General Joseph C. Mohaffey forderte die Billigung eines Planes zum Umbau des Panama-Kanals. Der Plan sieht den Bau eines völlig neuen atomombastischen Wasserweges in Höhe des Meeresspiegels vor. Die für den Bau erforderlichen Kosten werden auf zwei Milliarden 400 Millionen Dollar geschätzt.

WASHINGTON, (Dena-INS.) Auf dem Eastwick Atoll im Pazifik haben, wie die amerikanische Atomenergiekommission bekannt gibt, Arbeiter bei den Bau einer großen Versuchsanlage für Atombomben begonnen.

ATLANTIC CITY, (Eig. Ber.) Der Vorsitzende des amerikanischen Atomenergie-Ausschusses, David S. Lilienthal, gab bekannt, daß die Vereinigten Staaten stilles, bei einem sowohl Uran als auch Plutonium verwendet wird.

HOLLYWOOD (Dena-Reuters.) Der bekannte Filmproduzent und Regisseur Ernst Lubitsch ist hier im Alter von 55 Jahren plötzlich verstorben. Lubitsch war in Berlin geboren und begann seine Laufbahn als Schauspieler. Er war ein Schüler Viktor Aronsolds und Max Reinhardts. 1913 ging er zum Film über. Weltweit errang er mit seinem Film „Carmen“.

PHILADELPHIA, (Dena-Reuters.) Bei einem Großfeuer in einem Modigen Hotel verbrannten mindestens 14 Personen. Das Schicksal von dreißig Personen konnte bisher noch

nicht geklärt werden. Das Gebäude beherbergte 76 Gäste.

LONDON, (Dena.) Der stellvertretende sowjetische Außenminister Andrej Wysschinski trat am Dienstagmorgen an Bord der „Queen Mary“ in Southampton ein. Wysschinski wird sich nach London weiterbegeben, um an der Außenministerkonferenz teilzunehmen und dem sowjetischen Außenminister Molotow über die Arbeit der diesjährigen UN-Vollversammlung Bericht zu erstatten.

LONDON, (Dena-DFD.) Victor Gollancz setzt sich in einer Rede auf einer von rund 3000 Personen besetzten Versammlung der „Christlichen Allianz“ in Oxford für eine bedingungslose Ausöhnung Großbritanniens mit Deutschland ein. Der bekannte britische Verleger erklärte unter anderem, daß die Rechnung aus diesem Kriege nicht beglichen werden könne, es wäre deshalb besser, die Schuldseite aus dem Rechnungsbuch herauszuwischen und völlig neu zu beginnen. Gollancz stempelte daran, daß praktisch jeder Deutsche auf die Hilfe Englands angewiesen sei, und daß damit die den Engländern zufallende Verantwortung vielfach die größte sei, die sie jemals übernommen hätten.

PARIS, (Eig. Ber.) Für Liebespaare, die sich in den ungeheuren Theatern die Hände halten wollen, hat ein Pariser „Liebeshandbuch“ erfunden. Es ist ein für zwei Hände stichtaugliches Fausthandbuch.

WIEN, (Dena.) Die Besprechungen zwischen dem österreichischen Finanzminister Dr. Georg Zimmermann und Vertretern der sowjetischen Militärregierung über das österreichische Währungsstrukturgesetz wurden laut BBC am Montag wieder aufgenommen. Sie führten jedoch bisher zu keinem endgültigen Ergebnis.

ROM, (Dena-Reuters.) In dem Afrikanen Anzoni wurden nach Anordnung des Generalstaatsanwalts die Gehälter der Rechtsprofessoren von Demokraten verweigert, wobei es auch zu Zusammenstößen der Polizei kam.

VATIKANSTADT, (Dena-Reuters.) Papst Pius XII., der nach viermonatiger Anwesenheit von seiner Sommerresidenz Castel Gandolfo in den Vatikan zurückkehrte, richtete eine Botschaft an die Christenheit, die vor allem Richtschnur an die Bischöfe bezüglich der Ausübung des Gelbesdienstes enthält. In seinem Schreiben erwähnt er an den religiösen Titel des Christenheit, das er als ein Mittel bezieht, die vom Krieg gepallete Welt wieder zur Eintracht zurückzuführen.

LESSARON, (Dena.) 72 Fischer kamen bei einem Sturm an der portugiesischen Küste am Dienstag ums Leben.

Süddeutsche Allgemeine

Veröffentlicht unter Lizenz Nr. US-WB 113. Herausgeber Dr. J. Peter Brandenburg (Verlagsleitung) und Felix Richter (Chefredaktion). Verlag: „Süddeutsche Allgemeine“ Pforzheim, Telefon 2901 und 2902. Druck: Badische Presse, Karlsruhe, Waldstr. 28.

Was die Westmächte könnten

Von Friedrich Steiner, New York

Im Kongreß besteht Eignigkeit darüber, daß Europa gehalten werden muß nicht aber über Maß und Art der Hilfe. Noch größer sind die Meinungsverschiedenheiten über das, was der Präsident als notwendige Konsequenz des Massenexports amerikanischer Güter nach Europa voraussieht: die staatliche Beaufsichtigung und Regulierung der Lohn- und Preisentwicklung im Inland. Auch wenn Senator Taft mit seinem Kampf gegen den Sozialismus hundertmal recht hätte, würde doch die Tatsache bestehen bleiben, daß die gegenwärtige Regierung der Vereinigten Staaten unter Umständen energische Eingriffe des Staates in die Wirtschaft für unvermeidlich hält. Gilt das schon für das weite und reiche Amerika, um wieviel mehr muß es für das enge und arme Europa gelten. Wenn man in Amerika die Trumanpolitik diskutiert — oder gar durchführt — kann man Europa nicht zwingen, Taftpolitik zu machen.

Niemand kann es Amerika übel nehmen, wenn es als Glibbiger bestrebt ist, seine Schuldner kreditfähig zu machen. Dazu gehört, daß mit dem Wust des innerdeutschen und des innereuropäischen Wirtschaftspartikularismus aufgeräumt wird. Nicht neue Schranken gilt es aufzurichten, sondern alte niederzureißen, oder, wo das nicht angeht, sie wenigstens niedriger zu machen. Die Zollernmaßregeln, die Amerika in monatelange Verhandlungen in Genf von dreißig Staaten für seinen Export durchgesetzt hat, mögen da als gutes Vorzeichen gelten. Wichtiger aber noch ist, daß die europäischen Staaten selbst sich gegen alle Erleichterungen gewähren, die eine gedeihliche Zusammenarbeit möglich machen.

Von den Verhandlungen in London erwartet man kaum etwas anderes, als daß sie bald scheitern und die Regierungen von Washington, London und Paris vor die Notwendigkeit neuer großer Entscheidungen stellen werden. Darüber hinaus scheint festzustehen, daß es zu dem viel besprochenen Separatfrieden mit Westdeutschland schon deshalb nicht kommen wird, weil man keine Regierung von Westdeutschland finden wird, die bereit wäre, einen Separatfriedensvertrag zu unterzeichnen und damit die Trennung von Ostdeutschland mit ihrer Unterschrift zu bekräftigen. Dagegen könnten die Westmächte von sich aus entscheidende Schritte tun, um in ihrer Einflusssphäre einen tatsächlichen Friedenszustand herbeizuführen. Sie könnten den Kriegszustand, in dem sie sich noch immer einem nicht mehr existierenden Deutschland gegenüber befinden, von sich aus beseitigen. In dem sie — abgesehen von dem Verbleiben gewisser militärischer Sicherungen — alle Beschränkungen aufheben, die sich aus dem Kriegszustand ergeben. Sie können in ihrem Machtbereich das Selbstbestimmungsrecht des Volkes wieder herstellen.

Die Westmächte können aber nicht die Teilung Deutschlands als endgültig hinnehmen und Rußland die Rolle eines Vorkämpfers der deutschen Einheit überlassen. Von der Londoner Vorkonferenz ist berichtet worden, daß Rußland die Schaffung einer deutschen Zentralregierung verlangt habe, diese Forderung aber von Amerika, England und Frankreich abgelehnt worden sei. Nun hat Staatssekretär Marshall in einer Rede in Chicago diesen Irrtum berichtigt und erklärt, daß er in London für „eine provisorische Zentralregierung in einem föderativen Deutschland“ eintreten werde. Danach scheint zwischen Amerika, Rußland und England Übereinstimmung zu bestehen, daß die Wiederherstellung der deutschen Wirtschaftseinheit und die Schaffung einer Zentralregierung notwendig sind. Könnte Staatssekretär Marshall sich entschließen, in London zu verlangen, daß die Zentralregierung aus allgemeinen, freien Wahlen hervorgehen müsse, so würde er die Russen vor die Wahl stellen, entweder zuzustimmen oder aber ihre Maske als Vorkämpfer der deutschen Einheit fallen lassen.

Der böse Geist von Ruhpolding
FRD — Was der „Südkurier“ von den Ruhpoldinger Festtagen schrieb, ist ja alles nicht wahr. Das wissen wir inzwischen aus dem entscheidungsgespielten Dementi des bayerischen Ernährungsministeriums, wir wissen daraus, daß die Büchsen nicht so groß waren, daß mit mehr Teilnehmern gerechnet und daher ursprünglich zu viel gekocht und gebrotet wurde, was wohl die bedauerlichen tatsächlichen Teilnehmer im Kampf gegen den Verderb — wir nehmen an, es waren gute Ernährungsfachleute — alles in sich hineinstopfen mußten, daß ein beträchtlicher Teil der zur Verfügung gestellten Mengen überflüssig und zur besonderen Verwendung zurückgestellt wurde und daß — last not least — nur 236 Kalorien täglich verbraucht wurden. Da trotz dieser Angaben die Bevölkerung offenbar nicht das notwendige Verständnis aufbrachte und sich noch den in der Aufstellung des Bayerischen Staatsministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten veröffentlichten Posten von 1500 Normalkalorien hinsetzte, erklärte nun der bayerische Ernährungsminister Dr. Baumgartner: „Ein irrtümliches freilich entlassener Angestellter hat entgegen meinen Anordnungen höhere Zuweisungen ausgegeben“. Siehe da, wieder einmal der kleine ungetreue Angestellte, der böse Geist von Ruhpolding! Das ist nun wohl nachweisbar und hält sich jeder Unternehmung stand. Die Volkswut wird abgelenkt, der namenlose kleine Angestellte hält seinen breiten Buckel hin. Er kann es wohl —

Freiburg 1940 von deutschen Flugzeugen bombardiert

Freiburg i. Br., 2. Dez. (Dena). Der hier in letzter Zeit oft geäußerte Verdacht, daß der Luftangriff auf Freiburg vom 18. Mai 1940, dem 27 Personen zum Opfer fielen, von Flugzeugen der deutschen Luftwaffe ausgeführt worden sei, hat sich laut Südena nach einer Mitteilung der badischen Staatskanzlei bestätigt. Das Stadtarchiv Freiburg hat danach festgestellt, daß die Künstlerin Irma Vermeiren in ihrem Buch „Reise durch den letzten Akt“ recht hatte, als sie schrieb, daß Generaloberst Franz Halder, der frühere Generalstabschef des deutschen Heeres, ihr in einem Gespräch die schwerwiegende Information, die Bestätigung eines alten Verdachtes gegeben habe, daß jene ersten bertieltigen und furchtbaren sogenannten „Terrorbomben“ im Frühjahr 1940, durch die in Freiburg 11 Kinder um Leben kamen, auf deutschen Befehl von deutschen Flugzeugen geworfen worden seien.

Die Staatskanzlei betont ausdrücklich, daß das Gespräch zwischen Vermeiren und Halder tatsächlich stattgefunden hat und der Inhalt sinngemäß richtig wiedergegeben ist. Weiter führte sie die Darstellung eines „unverlässlichen und kraft seines Amtes berufenen Zeugen an“, der von dem verstorbenen Admiral Canaris, dem Chef des deutschen Abwehrdienstes, genaue Informationen erhielt. Der Zeuge habe unmittelbar nach dem Ereignis aus Kreisen der Luftwaffe die vertrauliche Mitteilung erhalten, daß die Bomben auf Freiburg deutsche Bomben gewesen seien. Ihm sei ferner von einem ihm persönlich bekannten General der Luftwaffe, der dem Naziregime ablehnend gegenüber stand, berichtet worden, daß dieser in seiner damaligen Dienststelle einen Bericht mit der Feststellung, daß es sich in Freiburg um deutsche Bomben gehandelt habe, in der Hand gehabt und diesen mit der Bitte weitergeleitet habe. Diese Aufklärung sei trotz wiederholter

Nachfrage nicht erfolgt. Nach den dem Zeugen von Canaris mitgeteilten Informationen, habe die in der obersten Kommandoebene bestehende Widerstandgruppe daraufhin gearbeitet, einen deutschen Angriff im Westen zu verhindern. Der Helfer selbst mit allen Mitteln habe beschleunigt und rückwärts durchzuführen wollen. Dabei habe bei Hitler der Einsatz der überlegenen deutschen Luftwaffe gegen französische Städte, durch dessen Schockwirkung er den Widerstandswillen des französischen Volkes rasch zu brechen hoffte, eine bedeutende Rolle gespielt. Hitler habe sich aber durch die Tatsache behindert gefühlt, daß er selbst öffentlich gegen die Bombardierung offener Städte Stellung genommen und sogar eine internationale Abmachung in dieser Frage getroffen habe. Um sich von dieser Behinderung zu befreien, mußte daher der erste Schritt in dem erbarmungslosen Kampf gegen Frauen und Kinder dem Zweite zugeschrieben werden, was nur durch einen fingierten Angriff auf eine offene deutsche Stadt geschehen konnte. Dazu schien Hitler, wie Canaris dem Zeugen mitteilte, Freiburg besonders geeignet zu sein, da er durch die Erinnerung an den französischen Luftangriff im ersten Weltkrieg auf Karlsruhe bei einem neuerlichen Angriff auf eine badische Stadt großer propagandistischer Resonanz sicher war. Wenn die Täuschung nicht gelang, konnte man sich bei der Nähe dieser Stadt an der Grenze auf einen Irrtum hinausreden.

In der Mitteilung der badischen Staatskanzlei heißt es, daß sich Landesregierung und Stadtverwaltung im Interesse der Wahrheit und der besseren Verständigung zwischen den ehemals gegnerischen Völkern verpflichtet fühlten, diese Feststellungen der Öffentlichkeit bekannt zu geben, so „fürdubar beschämend“ das Ergebnis auch sei.

Mr. LaFollette vor der Presse

Kollegiale Aussprache zwischen amerikanischen und deutschen Zeitungsverlegern

Stuttgart, 1. Dez. (Ztg. Ber.) Im Sitzungssaal der Militärregierung in Württemberg-Baden fand ein Presseempfang amerikanischer und deutscher Zeitungsverleger und Journalisten durch den neuen württembergischen Militärgouverneur Mr. LaFollette und den geschäftsführenden Direktor der Militärregierung Oberst Edwards statt. Mr. LaFollette ist bereits seit dem 18. Dezember 1946 in Nürnberg als Staatsanwalt bei Kriegsverbrecherverfahren tätig. Am 2. und 4. Dezember wird er in Nürnberg der Verhandlung einiger Urteile gegen Angehörige von Nazigerichten beiwohnen, u. a. der früheren Präsidenten des Staates der früheren Reichshofes, Cuhorst. Anschließend wird er sein Amt in Württemberg-Baden, dessen Militärgouverneur in Berlin als die historisierte Deutschland bezeichnet werden, antreten. Die Aussprache zwischen den Zeitungsverlegern beider Länder warf die vielfältigen Probleme der Lizenzpresse der USA auf. Den Gästen wurde von den Lizenzträgern der württembergischen Presse ein genauer Einblick in die Schwierigkeiten und Fortschritte der Pressearbeit gegeben. Mit Interesse beteiligten sich die Herausgeber und Redakteure großer amerikanischer Zeitungen, u. a. der „New York Herald Tribune“, der „Saturday Evening Post“ und des „Saint Louis Post Dispatch“ an der Diskussion. Die Gäste aus den USA zeigten sich erfreut über die Entwicklung der Lizenzpresse, nahmen aber auch von den vielfältigen Schwierigkeiten wirtschaftlicher und politischer Art Kenntnis, mit denen unsere junge Presse, die den Herren der Augenblick herrschenden politischen Spielregeln zum Teil außerordentlich un bequem ist, zu kämpfen hat.

Heuchlerische Abgeordnete

Kassel, 2. Dez. (Dena). Der hessische Justizminister August Zinn besuchte in einem Interview die hiesigen Abgeordneten der Heuchel, die in der Öffentlichkeit und in den Landtagen nach hohen und entehrenden Strafen für Schwarzschlichter, Schwarzhändler und selbstschlichtige Bauern schrien, hinterher wieder derartige Strafen durch Gnadenurteil wieder aufgehoben wissen möchten. — Die Vertreter der Bauern in den Landtagen hätten wiederholt harte Strafandrohungen für Schwarzhandel verlangt, um diese von den Höfen fernzuhalten. Jetzt aber, nachdem man auf Grund des Kontrollratsgesetzes Nr. 20 energig gegen Schwarzhandel vorgehen könne, kämen Abgeordnete aller Parteien mit Gnadenabgeordnete um ihm die allerdings zwecklos seien, da sich die Militärregierung die endgültige Entscheidung bei der Bestrafung der Schwarzhändler vorbehalte.

Beut pro Kub und Tag hat 47 Liter. Es folgen Weizen-Liter mit 2,5 und Nordweizen-Liter mit 2,1 Liter. Bayern hat nur 2,1 Liter und Württemberg-Baden die Kleinliter mit 1,9 — 2 Liter abgeleitet.

Fränkischer Zonen
Koblenz (Dena). Als erstes Land nach dem Kriege brach sich „Süden“ Rheinland/Pfalz neue Geldschleiss über Hainig Plötzig heraus. In Kürze sollen auch Scheine im Werte von fünf und zehn Pfennigen ausgeben werden.

Vierzontausend Berlin
Berlin (Dena). Günther Wolf, ein Student aus Berlin-Wedding, wurde durch einen Telefonanruf am Montag voriger Woche nach Treptow (Sowjetischer Sektor) bestellt und dort verhaftet, nachdem er von sowjetischen Offizieren in Karlshorst einen Verhör ausgesetzt worden war, gelassen es ihm jedoch, auf der Fahrt nach Königswortshausen wieder zu entfliehen. Wolf, so heißt es in der Mitteilung weiter, dem seitdem mehrere Druckeits zugingen, verstarb am 29. Nov. Selbstmord. Seine Mutter hat auch einen Selbstmordversuch unternommen.

Berlin (Dena). Auf Grund von Maßnahmen amerikanischer Stellen waren in diesem Jahr die Gemütsabteilungen in amerikanischen Sektor Berlin dreimal so hoch wie im vorigen Herbst.

Berlin (Dena). Die amerikanische Militärregierung im US-Sektor Berlin hat ein Fiktives SED zum deutschen Volkstagskongress für „Einheit und gerechten Frieden“ verboten, da der Inhalt dieses Fiktives irreführend und wahr ist und als arme Beleidigung aller deutschen Parteien sowie auch der westlichen Alliierten angesehen wird.

Deutschland-Rundschau

Verfahren Westzone

Stuttgart (Ztg. Ber.) Am Morgen des 1. Dezember bereitete ca. 1000 Juden unter Mitführung von Transporten und dem Generalstab der Luftwaffe die Miltärregierung von Württemberg-Baden in Stuttgart Dankworte für den UN-Beschluß zur Rettung Palästina.

Stuttgart (Ztg. Ber.) Der deutsche Zivillangensicht des amerikanischen Militärratgeber Hans Keller, wurde vom Karlsruher Militärrichter wegen rückwärtslassenden Fahrens zu 3 Jahren Gefängnis verurteilt. Als Keller eines Horenkrafthabens überbrückte 3 Personen, von denen ein Mann später verstarb.

Frankfurt (Dena). Europäische Kinder, auch Deutsche und Kinder von verschleppten Personen, können jetzt von Amerikanern in Deutschland entsprechend den Bestimmungen des Gesetzes Nr. 10 der amerikanischen Militärregierung, das am Montag in Kraft trat, adoptiert werden.

Frankfurt (Dena). Vorratsschlicht wird zu Weibchen auf dem Stammschicht der Besatzung Nr. 4 eine Sonderstellung in Tabakwaren ausgegeben werden.

Reichenberg o. T. Zu der Dem-Meldung in der Nr. 21 vom 21. Nov. schreibt ein Herr Dr. K. Theil, Geschäftsführer: „In dem Kraftwagen befinden sich nicht 200 Konventionen, sondern genau 44, davon 40 mit Gemüts, rote Bohnen, Bohnen, Erbsen zu 80 g, 2 mit Corned Beef, 1 mit Speck und 1 mit Milch. Es handelt sich um Liebesgaben, deren Verfügung und Transport völlig legal war, die Tugend der Arbeitsgemeinschaft der Kirchen für Auswandererfragen in Reichenberg darunter vom 18.—21. November. Es sahen an ihr 88 Teilnehmer aus allen 4 Zonen Deutschlands teil, davon waren über 25 Flüchtlinge, alle anerkannt bedürftige Personen. Die Tugend der Arbeitsgemeinschaft der Kirchen für Auswandererfragen in Reichenberg darunter vom 18.—21. November. Es sahen an ihr 88 Teilnehmer aus allen 4 Zonen Deutschlands teil, davon waren über 25 Flüchtlinge, alle anerkannt bedürftige Personen. Die Tugend der Arbeitsgemeinschaft der Kirchen für Auswandererfragen in Reichenberg darunter vom 18.—21. November. Es sahen an ihr 88 Teilnehmer aus allen 4 Zonen Deutschlands teil, davon waren über 25 Flüchtlinge, alle anerkannt bedürftige Personen. Die Tugend der Arbeitsgemeinschaft der Kirchen für Auswandererfragen in Reichenberg darunter vom 18.—21. November. Es sahen an ihr 88 Teilnehmer aus allen 4 Zonen Deutschlands teil, davon waren über 25 Flüchtlinge, alle anerkannt bedürftige Personen. Die Tugend der Arbeitsgemeinschaft der Kirchen für Auswandererfragen in Reichenberg darunter vom 18.—21. November. Es sahen an ihr 88 Teilnehmer aus allen 4 Zonen Deutschlands teil, davon waren über 25 Flüchtlinge, alle anerkannt bedürftige Personen. Die Tugend der Arbeitsgemeinschaft der Kirchen für Auswandererfragen in Reichenberg darunter vom 18.—21. November. Es sahen an ihr 88 Teilnehmer aus allen 4 Zonen Deutschlands teil, davon waren über 25 Flüchtlinge, alle anerkannt bedürftige Personen. Die Tugend der Arbeitsgemeinschaft der Kirchen für Auswandererfragen in Reichenberg darunter vom 18.—21. November. Es sahen an ihr 88 Teilnehmer aus allen 4 Zonen Deutschlands teil, davon waren über 25 Flüchtlinge, alle anerkannt bedürftige Personen. Die Tugend der Arbeitsgemeinschaft der Kirchen für Auswandererfragen in Reichenberg darunter vom 18.—21. November. Es sahen an ihr 88 Teilnehmer aus allen 4 Zonen Deutschlands teil, davon waren über 25 Flüchtlinge, alle anerkannt bedürftige Personen. Die Tugend der Arbeitsgemeinschaft der Kirchen für Auswandererfragen in Reichenberg darunter vom 18.—21. November. Es sahen an ihr 88 Teilnehmer aus allen 4 Zonen Deutschlands teil, davon waren über 25 Flüchtlinge, alle anerkannt bedürftige Personen. Die Tugend der Arbeitsgemeinschaft der Kirchen für Auswandererfragen in Reichenberg darunter vom 18.—21. November. Es sahen an ihr 88 Teilnehmer aus allen 4 Zonen Deutschlands teil, davon waren über 25 Flüchtlinge, alle anerkannt bedürftige Personen. Die Tugend der Arbeitsgemeinschaft der Kirchen für Auswandererfragen in Reichenberg darunter vom 18.—21. November. Es sahen an ihr 88 Teilnehmer aus allen 4 Zonen Deutschlands teil, davon waren über 25 Flüchtlinge, alle anerkannt bedürftige Personen. Die Tugend der Arbeitsgemeinschaft der Kirchen für Auswandererfragen in Reichenberg darunter vom 18.—21. November. Es sahen an ihr 88 Teilnehmer aus allen 4 Zonen Deutschlands teil, davon waren über 25 Flüchtlinge, alle anerkannt bedürftige Personen. Die Tugend der Arbeitsgemeinschaft der Kirchen für Auswandererfragen in Reichenberg darunter vom 18.—21. November. Es sahen an ihr 88 Teilnehmer aus allen 4 Zonen Deutschlands teil, davon waren über 25 Flüchtlinge, alle anerkannt bedürftige Personen. Die Tugend der Arbeitsgemeinschaft der Kirchen für Auswandererfragen in Reichenberg darunter vom 18.—21. November. Es sahen an ihr 88 Teilnehmer aus allen 4 Zonen Deutschlands teil, davon waren über 25 Flüchtlinge, alle anerkannt bedürftige Personen. Die Tugend der Arbeitsgemeinschaft der Kirchen für Auswandererfragen in Reichenberg darunter vom 18.—21. November. Es sahen an ihr 88 Teilnehmer aus allen 4 Zonen Deutschlands teil, davon waren über 25 Flüchtlinge, alle anerkannt bedürftige Personen. Die Tugend der Arbeitsgemeinschaft der Kirchen für Auswandererfragen in Reichenberg darunter vom 18.—21. November. Es sahen an ihr 88 Teilnehmer aus allen 4 Zonen Deutschlands teil, davon waren über 25 Flüchtlinge, alle anerkannt bedürftige Personen. Die Tugend der Arbeitsgemeinschaft der Kirchen für Auswandererfragen in Reichenberg darunter vom 18.—21. November. Es sahen an ihr 88 Teilnehmer aus allen 4 Zonen Deutschlands teil, davon waren über 25 Flüchtlinge, alle anerkannt bedürftige Personen. Die Tugend der Arbeitsgemeinschaft der Kirchen für Auswandererfragen in Reichenberg darunter vom 18.—21. November. Es sahen an ihr 88 Teilnehmer aus allen 4 Zonen Deutschlands teil, davon waren über 25 Flüchtlinge, alle anerkannt bedürftige Personen. Die Tugend der Arbeitsgemeinschaft der Kirchen für Auswandererfragen in Reichenberg darunter vom 18.—21. November. Es sahen an ihr 88 Teilnehmer aus allen 4 Zonen Deutschlands teil, davon waren über 25 Flüchtlinge, alle anerkannt bedürftige Personen. Die Tugend der Arbeitsgemeinschaft der Kirchen für Auswandererfragen in Reichenberg darunter vom 18.—21. November. Es sahen an ihr 88 Teilnehmer aus allen 4 Zonen Deutschlands teil, davon waren über 25 Flüchtlinge, alle anerkannt bedürftige Personen. Die Tugend der Arbeitsgemeinschaft der Kirchen für Auswandererfragen in Reichenberg darunter vom 18.—21. November. Es sahen an ihr 88 Teilnehmer aus allen 4 Zonen Deutschlands teil, davon waren über 25 Flüchtlinge, alle anerkannt bedürftige Personen. Die Tugend der Arbeitsgemeinschaft der Kirchen für Auswandererfragen in Reichenberg darunter vom 18.—21. November. Es sahen an ihr 88 Teilnehmer aus allen 4 Zonen Deutschlands teil, davon waren über 25 Flüchtlinge, alle anerkannt bedürftige Personen. Die Tugend der Arbeitsgemeinschaft der Kirchen für Auswandererfragen in Reichenberg darunter vom 18.—21. November. Es sahen an ihr 88 Teilnehmer aus allen 4 Zonen Deutschlands teil, davon waren über 25 Flüchtlinge, alle anerkannt bedürftige Personen. Die Tugend der Arbeitsgemeinschaft der Kirchen für Auswandererfragen in Reichenberg darunter vom 18.—21. November. Es sahen an ihr 88 Teilnehmer aus allen 4 Zonen Deutschlands teil, davon waren über 25 Flüchtlinge, alle anerkannt bedürftige Personen. Die Tugend der Arbeitsgemeinschaft der Kirchen für Auswandererfragen in Reichenberg darunter vom 18.—21. November. Es sahen an ihr 88 Teilnehmer aus allen 4 Zonen Deutschlands teil, davon waren über 25 Flüchtlinge, alle anerkannt bedürftige Personen. Die Tugend der Arbeitsgemeinschaft der Kirchen für Auswandererfragen in Reichenberg darunter vom 18.—21. November. Es sahen an ihr 88 Teilnehmer aus allen 4 Zonen Deutschlands teil, davon waren über 25 Flüchtlinge, alle anerkannt bedürftige Personen. Die Tugend der Arbeitsgemeinschaft der Kirchen für Auswandererfragen in Reichenberg darunter vom 18.—21. November. Es sahen an ihr 88 Teilnehmer aus allen 4 Zonen Deutschlands teil, davon waren über 25 Flüchtlinge, alle anerkannt bedürftige Personen. Die Tugend der Arbeitsgemeinschaft der Kirchen für Auswandererfragen in Reichenberg darunter vom 18.—21. November. Es sahen an ihr 88 Teilnehmer aus allen 4 Zonen Deutschlands teil, davon waren über 25 Flüchtlinge, alle anerkannt bedürftige Personen. Die Tugend der Arbeitsgemeinschaft der Kirchen für Auswandererfragen in Reichenberg darunter vom 18.—21. November. Es sahen an ihr 88 Teilnehmer aus allen 4 Zonen Deutschlands teil, davon waren über 25 Flüchtlinge, alle anerkannt bedürftige Personen. Die Tugend der Arbeitsgemeinschaft der Kirchen für Auswandererfragen in Reichenberg darunter vom 18.—21. November. Es sahen an ihr 88 Teilnehmer aus allen 4 Zonen Deutschlands teil, davon waren über 25 Flüchtlinge, alle anerkannt bedürftige Personen. Die Tugend der Arbeitsgemeinschaft der Kirchen für Auswandererfragen in Reichenberg darunter vom 18.—21. November. Es sahen an ihr 88 Teilnehmer aus allen 4 Zonen Deutschlands teil, davon waren über 25 Flüchtlinge, alle anerkannt bedürftige Personen. Die Tugend der Arbeitsgemeinschaft der Kirchen für Auswandererfragen in Reichenberg darunter vom 18.—21. November. Es sahen an ihr 88 Teilnehmer aus allen 4 Zonen Deutschlands teil, davon waren über 25 Flüchtlinge, alle anerkannt bedürftige Personen. Die Tugend der Arbeitsgemeinschaft der Kirchen für Auswandererfragen in Reichenberg darunter vom 18.—21. November. Es sahen an ihr 88 Teilnehmer aus allen 4 Zonen Deutschlands teil, davon waren über 25 Flüchtlinge, alle anerkannt bedürftige Personen. Die Tugend der Arbeitsgemeinschaft der Kirchen für Auswandererfragen in Reichenberg darunter vom 18.—21. November. Es sahen an ihr 88 Teilnehmer aus allen 4 Zonen Deutschlands teil, davon waren über 25 Flüchtlinge, alle anerkannt bedürftige Personen. Die Tugend der Arbeitsgemeinschaft der Kirchen für Auswandererfragen in Reichenberg darunter vom 18.—21. November. Es sahen an ihr 88 Teilnehmer aus allen 4 Zonen Deutschlands teil, davon waren über 25 Flüchtlinge, alle anerkannt bedürftige Personen. Die Tugend der Arbeitsgemeinschaft der Kirchen für Auswandererfragen in Reichenberg darunter vom 18.—21. November. Es sahen an ihr 88 Teilnehmer aus allen 4 Zonen Deutschlands teil, davon waren über 25 Flüchtlinge, alle anerkannt bedürftige Personen. Die Tugend der Arbeitsgemeinschaft der Kirchen für Auswandererfragen in Reichenberg darunter vom 18.—21. November. Es sahen an ihr 88 Teilnehmer aus allen 4 Zonen Deutschlands teil, davon waren über 25 Flüchtlinge, alle anerkannt bedürftige Personen. Die Tugend der Arbeitsgemeinschaft der Kirchen für Auswandererfragen in Reichenberg darunter vom 18.—21. November. Es sahen an ihr 88 Teilnehmer aus allen 4 Zonen Deutschlands teil, davon waren über 25 Flüchtlinge, alle anerkannt bedürftige Personen. Die Tugend der Arbeitsgemeinschaft der Kirchen für Auswandererfragen in Reichenberg darunter vom 18.—21. November. Es sahen an ihr 88 Teilnehmer aus allen 4 Zonen Deutschlands teil, davon waren über 25 Flüchtlinge, alle anerkannt bedürftige Personen. Die Tugend der Arbeitsgemeinschaft der Kirchen für Auswandererfragen in Reichenberg darunter vom 18.—21. November. Es sahen an ihr 88 Teilnehmer aus allen 4 Zonen Deutschlands teil, davon waren über 25 Flüchtlinge, alle anerkannt bedürftige Personen. Die Tugend der Arbeitsgemeinschaft der Kirchen für Auswandererfragen in Reichenberg darunter vom 18.—21. November. Es sahen an ihr 88 Teilnehmer aus allen 4 Zonen Deutschlands teil, davon waren über 25 Flüchtlinge, alle anerkannt bedürftige Personen. Die Tugend der Arbeitsgemeinschaft der Kirchen für Auswandererfragen in Reichenberg darunter vom 18.—21. November. Es sahen an ihr 88 Teilnehmer aus allen 4 Zonen Deutschlands teil, davon waren über 25 Flüchtlinge, alle anerkannt bedürftige Personen. Die Tugend der Arbeitsgemeinschaft der Kirchen für Auswandererfragen in Reichenberg darunter vom 18.—21. November. Es sahen an ihr 88 Teilnehmer aus allen 4 Zonen Deutschlands teil, davon waren über 25 Flüchtlinge, alle anerkannt bedürftige Personen. Die Tugend der Arbeitsgemeinschaft der Kirchen für Auswandererfragen in Reichenberg darunter vom 18.—21. November. Es sahen an ihr 88 Teilnehmer aus allen 4 Zonen Deutschlands teil, davon waren über 25 Flüchtlinge, alle anerkannt bedürftige Personen. Die Tugend der Arbeitsgemeinschaft der Kirchen für Auswandererfragen in Reichenberg darunter vom 18.—21. November. Es sahen an ihr 88 Teilnehmer aus allen 4 Zonen Deutschlands teil, davon waren über 25 Flüchtlinge, alle anerkannt bedürftige Personen. Die Tugend der Arbeitsgemeinschaft der Kirchen für Auswandererfragen in Reichenberg darunter vom 18.—21. November. Es sahen an ihr 88 Teilnehmer aus allen 4 Zonen Deutschlands teil, davon waren über 25 Flüchtlinge, alle anerkannt bedürftige Personen. Die Tugend der Arbeitsgemeinschaft der Kirchen für Auswandererfragen in Reichenberg darunter vom 18.—21. November. Es sahen an ihr 88 Teilnehmer aus allen 4 Zonen Deutschlands teil, davon waren über 25 Flüchtlinge, alle anerkannt bedürftige Personen. Die Tugend der Arbeitsgemeinschaft der Kirchen für Auswandererfragen in Reichenberg darunter vom 18.—21. November. Es sahen an ihr 88 Teilnehmer aus allen 4 Zonen Deutschlands teil, davon waren über 25 Flüchtlinge, alle anerkannt bedürftige Personen. Die Tugend der Arbeitsgemeinschaft der Kirchen für Auswandererfragen in Reichenberg darunter vom 18.—21. November. Es sahen an ihr 88 Teilnehmer aus allen 4 Zonen Deutschlands teil, davon waren über 25 Flüchtlinge, alle anerkannt bedürftige Personen. Die Tugend der Arbeitsgemeinschaft der Kirchen für Auswandererfragen in Reichenberg darunter vom 18.—21. November. Es sahen an ihr 88 Teilnehmer aus allen 4 Zonen Deutschlands teil, davon waren über 25 Flüchtlinge, alle anerkannt bedürftige Personen. Die Tugend der Arbeitsgemeinschaft der Kirchen für Auswandererfragen in Reichenberg darunter vom 18.—21. November. Es sahen an ihr 88 Teilnehmer aus allen 4 Zonen Deutschlands teil, davon waren über 25 Flüchtlinge, alle anerkannt bedürftige Personen. Die Tugend der Arbeitsgemeinschaft der Kirchen für Auswandererfragen in Reichenberg darunter vom 18.—21. November. Es sahen an ihr 88 Teilnehmer aus allen 4 Zonen Deutschlands teil, davon waren über 25 Flüchtlinge, alle anerkannt bedürftige Personen. Die Tugend der Arbeitsgemeinschaft der Kirchen für Auswandererfragen in Reichenberg darunter vom 18.—21. November. Es sahen an ihr 88 Teilnehmer aus allen 4 Zonen Deutschlands teil, davon waren über 25 Flüchtlinge, alle anerkannt bedürftige Personen. Die Tugend der Arbeitsgemeinschaft der Kirchen für Auswandererfragen in Reichenberg darunter vom 18.—21. November. Es sahen an ihr 88 Teilnehmer aus allen 4 Zonen Deutschlands teil, davon waren über 25 Flüchtlinge, alle anerkannt bedürftige Personen. Die Tugend der Arbeitsgemeinschaft der Kirchen für Auswandererfragen in Reichenberg darunter vom 18.—21. November. Es sahen an ihr 88 Teilnehmer aus allen 4 Zonen Deutschlands teil, davon waren über 25 Flüchtlinge, alle anerkannt bedürftige Personen. Die Tugend der Arbeitsgemeinschaft der Kirchen für Auswandererfragen in Reichenberg darunter vom 18.—21. November. Es sahen an ihr 88 Teilnehmer aus allen 4 Zonen Deutschlands teil, davon waren über 25 Flüchtlinge, alle anerkannt bedürftige Personen. Die Tugend der Arbeitsgemeinschaft der Kirchen für Auswandererfragen in Reichenberg darunter vom 18.—21. November. Es sahen an ihr 88 Teilnehmer aus allen 4 Zonen Deutschlands teil, davon waren über 25 Flüchtlinge, alle anerkannt bedürftige Personen. Die Tugend der Arbeitsgemeinschaft der Kirchen für Auswandererfragen in Reichenberg darunter vom 18.—21. November. Es sahen an ihr 88 Teilnehmer aus allen 4 Zonen Deutschlands teil, davon waren über 25 Flüchtlinge, alle anerkannt bedürftige Personen. Die Tugend der Arbeitsgemeinschaft der Kirchen für Auswandererfragen in Reichenberg darunter vom 18.—21. November. Es sahen an ihr 88 Teilnehmer aus allen 4 Zonen Deutschlands teil, davon waren über 25 Flüchtlinge, alle anerkannt bedürftige Personen. Die Tugend der Arbeitsgemeinschaft der Kirchen für Auswandererfragen in Reichenberg darunter vom 18.—21. November. Es sahen an ihr 88 Teilnehmer aus allen 4 Zonen Deutschlands teil, davon waren über 25 Flüchtlinge, alle anerkannt bedürftige Personen. Die Tugend der Arbeitsgemeinschaft der Kirchen für Auswandererfragen in Reichenberg darunter vom 18.—21. November. Es sahen an ihr 88 Teilnehmer aus allen 4 Zonen Deutschlands teil, davon waren über 25 Flüchtlinge, alle anerkannt bedürftige Personen. Die Tugend der Arbeitsgemeinschaft der Kirchen für Auswandererfragen in Reichenberg darunter vom 18.—21. November. Es sahen an ihr 88 Teilnehmer aus allen 4 Zonen Deutschlands teil, davon waren über 25 Flüchtlinge, alle anerkannt bedürftige Personen. Die Tugend der Arbeitsgemeinschaft der Kirchen für Auswandererfragen in Reichenberg darunter vom 18.—21. November. Es sahen an ihr 88 Teilnehmer aus allen 4 Zonen Deutschlands teil, davon waren über 25 Flüchtlinge, alle anerkannt bedürftige Personen. Die Tugend der Arbeitsgemeinschaft der Kirchen für Auswandererfragen in Reichenberg darunter vom 18.—21. November. Es sahen an ihr 88 Teilnehmer aus allen 4 Zonen Deutschlands teil, davon waren über 25 Flüchtlinge, alle anerkannt bedürftige Personen. Die Tugend der Arbeitsgemeinschaft der Kirchen für Auswandererfragen in Reichenberg darunter vom 18.—21. November. Es sahen an ihr 88 Teilnehmer aus allen 4 Zonen Deutschlands teil, davon waren über 25 Flüchtlinge, alle anerkannt bedürftige Personen. Die Tugend der Arbeitsgemeinschaft der Kirchen für Auswandererfragen in Reichenberg darunter vom 18.—21. November. Es sahen an ihr 88 Teilnehmer aus allen 4 Zonen Deutschlands teil, davon waren über 25 Flüchtlinge, alle anerkannt bedürftige Personen. Die Tugend der Arbeitsgemeinschaft der Kirchen für Auswandererfragen in Reichenberg darunter vom 18.—21. November. Es sahen an ihr 88 Teilnehmer aus allen 4 Zonen Deutschlands teil, davon waren über 25 Flüchtlinge, alle anerkannt bedürftige Personen. Die Tugend der Arbeitsgemeinschaft der Kirchen für Auswandererfragen in Reichenberg darunter vom 18.—21. November. Es sahen an ihr 88 Teilnehmer aus allen 4 Zonen Deutschlands teil, davon waren über 25 Flüchtlinge, alle anerkannt bedürftige Personen. Die Tugend der Arbeitsgemeinschaft der Kirchen für Auswandererfragen in Reichenberg darunter vom 18.—21. November. Es sahen an ihr 88 Teilnehmer aus allen 4 Zonen Deutschlands teil, davon waren über 25 Flüchtlinge, alle anerkannt bedürftige Personen. Die Tugend der Arbeitsgemeinschaft der Kirchen für Auswandererfragen in Reichenberg darunter vom 18.—21. November. Es sahen an ihr 88 Teilnehmer aus allen 4 Zonen Deutschlands teil, davon waren über 25 Flüchtlinge, alle anerkannt bedürftige Personen. Die Tugend der Arbeitsgemeinschaft der Kirchen für Auswandererfragen in Reichenberg darunter vom 18.—21. November. Es sahen an ihr 88 Teilnehmer aus allen 4 Zonen Deutschlands teil, davon waren über 25 Flüchtlinge, alle anerkannt bedürftige Personen. Die Tugend der Arbeitsgemeinschaft der Kirchen für Auswandererfragen in Reichenberg darunter vom 18.—21. November. Es sahen an ihr 88 Teilnehmer aus allen 4 Zonen Deutschlands teil, davon waren über 25 Flüchtlinge, alle anerkannt bedürftige Personen. Die Tugend der Arbeitsgemeinschaft der Kirchen für Auswandererfragen in Reichenberg darunter vom 18.—21. November. Es sahen an ihr 88 Teilnehmer aus allen 4 Zonen Deutschlands teil, davon waren über 25 Flüchtlinge, alle anerkannt bedürftige Personen. Die Tugend der Arbeitsgemeinschaft der Kirchen für Auswandererfragen in Reichenberg darunter vom 18.—21. November. Es sahen an ihr 88 Teilnehmer aus allen 4 Zonen Deutschlands teil, davon waren über 25 Flüchtlinge, alle anerkannt bedürftige Personen. Die Tugend der Arbeitsgemeinschaft der Kirchen für Auswandererfragen in Reichenberg darunter vom 18.—21. November. Es sahen an ihr 88 Teilnehmer aus allen 4 Zonen Deutschlands teil, davon waren über 25 Flüchtlinge, alle anerkannt bedürftige Personen. Die Tugend der Arbeitsgemeinschaft der Kirchen für Auswandererfragen in Reichenberg darunter vom 18.—21. November. Es sahen an ihr 88 Teilnehmer aus allen 4 Zonen Deutschlands teil, davon waren über 25 Flüchtlinge, alle anerkannt bedürftige Personen. Die Tugend der Arbeitsgemeinschaft der Kirchen für Auswandererfragen in Reichenberg darunter vom 18.—21. November. Es sahen an ihr 88 Teilnehmer aus allen 4 Zonen Deutschlands teil, davon waren über 25 Flüchtlinge, alle anerkannt bedürftige Personen. Die Tugend der Arbeitsgemeinschaft der Kirchen für Auswandererfragen in Reichenberg darunter vom 18.—21. November. Es sahen an ihr 88 Teilnehmer aus allen 4 Zonen Deutschlands teil, davon waren über 25 Flüchtlinge, alle anerkannt bedürftige Personen. Die Tugend der Arbeitsgemeinschaft der Kirchen für Auswandererfragen in Reichenberg darunter vom 18.—21. November. Es sahen an ihr 88 Teilnehmer aus allen 4 Zonen Deutschlands teil, davon waren über 25 Flüchtlinge, alle anerkannt bedürftige Personen. Die Tugend der Arbeitsgemeinschaft der Kirchen für Auswandererfragen in Reichenberg darunter vom 18.—21. November. Es sahen an ihr 88 Teilnehmer aus allen 4 Zonen Deutschlands teil, davon waren über 25 Flüchtlinge, alle anerkannt bedürftige Personen. Die Tugend der Arbeitsgemeinschaft der Kirchen für Auswandererfragen in Reichenberg darunter vom 18.—21. November. Es sahen an ihr 88 Teilnehmer aus allen 4 Zonen Deutschlands teil, davon waren über 25 Flüchtlinge, alle anerkannt bedürftige Personen. Die Tugend der Arbeitsgemeinschaft der Kirchen für Auswandererfragen in Reichenberg darunter vom 18.—21. November. Es sahen an ihr 88 Teilnehmer aus allen 4 Zonen Deutschlands teil, davon waren über 25 Flüchtlinge, alle anerkannt bedürftige Personen. Die Tugend der Arbeitsgemeinschaft der Kirchen für Auswandererfragen in Reichenberg darunter vom 18.—21. November. Es sahen an ihr 88 Teilnehmer aus allen 4 Zonen Deutschlands teil, davon waren über 25 Flüchtlinge, alle anerkannt bedürftige Personen. Die Tugend der Arbeitsgemeinschaft der Kirchen für Auswandererfragen in Reichenberg darunter vom 18.—21. November. Es sahen an ihr 88 Teilnehmer aus allen 4 Zonen Deutschlands teil, davon waren über 25 Flüchtlinge, alle anerkannt bedürftige Personen. Die Tugend der Arbeitsgemeinschaft der Kirchen für Auswandererfragen in Reichenberg darunter vom 18.—21. November. Es sahen an ihr 88 Teilnehmer aus allen 4 Zonen Deutschlands teil, davon waren über 25 Flüchtlinge, alle anerkannt bedürftige Personen. Die Tugend der Arbeitsgemeinschaft der Kirchen für Auswandererfragen in Reichenberg darunter vom 18.—21. November. Es sahen an ihr 88 Teilnehmer aus allen 4 Zonen Deutschlands teil, davon waren über 25 Flüchtlinge, alle anerkannt bedürftige Personen. Die Tugend der Arbeitsgemeinschaft der Kirchen für Auswandererfragen in Reichenberg darunter vom 18.—21. November. Es sahen an ihr 88 Teilnehmer aus allen 4 Zonen Deutschlands teil, davon waren über 25 Flüchtlinge, alle anerkannt bedürftige Personen. Die Tugend der Arbeitsgemeinschaft der Kirchen für Auswandererfragen in Reichenberg darunter vom 18.—21. November. Es sahen an ihr 88 Teilnehmer aus allen 4 Zonen Deutschlands teil, davon waren über 25 Flüchtlinge, alle anerkannt bedürftige Personen. Die Tugend der Arbeitsgemeinschaft der Kirchen für Auswandererfragen in Reichenberg darunter vom 18.—21. November. Es sahen an ihr 88 Teilnehmer aus allen 4 Zonen Deutschlands teil, davon waren über 25 Flüchtlinge, alle anerkannt bedürftige Personen. Die Tugend der Arbeitsgemeinschaft der Kirchen für Auswandererfragen in Reichenberg darunter vom 18.—21. November. Es sahen an ihr 88 Teilnehmer aus allen 4 Zonen Deutschlands teil, davon waren über 25 Flüchtlinge, alle anerkannt bedürftige Personen. Die Tugend der Arbeitsgemeinschaft der Kirchen für Auswandererfragen in Reichenberg darunter vom 18.—21. November. Es sahen an ihr 88 Teilnehmer aus allen 4 Zonen Deutschlands teil, davon waren über 25 Flüchtlinge, alle anerkannt bedürftige Personen. Die Tugend der Arbeitsgemeinschaft der Kirchen für Auswandererfragen in Reichenberg darunter vom 18.—21. November. Es sahen an ihr 88 Teilnehmer aus allen 4 Zonen Deutschlands teil, davon waren über 25 Flüchtlinge, alle anerkannt bedürftige Personen. Die Tugend der Arbeitsgemeinschaft der Kirchen für Auswandererfragen in Reichenberg darunter vom 18.—21. November. Es sahen an ihr 88 Teilnehmer aus allen 4 Zonen Deutschlands teil, davon waren über 25 Flüchtlinge, alle anerkannt bedürftige Personen. Die Tugend der Arbeitsgemeinschaft der Kirchen für Auswandererfragen in Reichenberg darunter vom 18.—21. November. Es sahen an ihr 88 Teilnehmer aus allen 4 Zonen Deutschlands teil, davon waren über 25 Flüchtlinge, alle anerkannt bedürftige Personen. Die Tugend der Arbeitsgemeinschaft der Kirchen für Auswandererfragen in Reichenberg darunter vom 18.—21. November. Es sahen an ihr 88 Teilnehmer aus allen 4 Zonen Deutschlands teil, davon waren über 25 Flüchtlinge, alle anerkannt bedürftige Personen. Die Tugend der Arbeitsgemeinschaft der Kirchen für Auswandererfragen in Reichenberg darunter vom 18.—21. November. Es sahen an ihr 88 Teilnehmer aus allen 4 Zonen Deutschlands teil, davon waren über 25 Flüchtlinge, alle anerkannt bedürftige Personen. Die Tugend der Arbeitsgemeinschaft der Kirchen für Auswandererfragen in Reichenberg darunter vom 18.—21. November. Es sahen an ihr 88 Teilnehmer aus allen 4 Zonen Deutschlands teil, davon waren über 25 Flüchtlinge, alle anerkannt bedürftige Personen. Die Tugend der Arbeitsgemeinschaft der Kirchen für Auswandererfragen in Reichenberg darunter vom 18.—21. November. Es sahen an ihr 88 Teilnehmer aus allen 4 Zonen Deutschlands teil, davon waren über 25 Flüchtlinge, alle anerkannt bedürftige Personen. Die Tugend der Arbeitsgemeinschaft der Kirchen für Auswandererfragen in Reichenberg darunter vom 18.—21. November. Es sahen an ihr 88 Teilnehmer aus allen 4 Zonen Deutschlands teil, davon waren über 25 Flüchtlinge, alle anerkannt bedürftige Personen. Die Tugend der Arbeitsgemeinschaft der Kirchen für Auswandererfragen in Reichenberg darunter vom 18.—21. November. Es sahen an ihr 88 Teilnehmer aus allen 4 Zonen Deutschlands teil, davon waren über 25 Flüchtlinge, alle anerkannt bedürftige Personen. Die Tugend der Arbeitsgemeinschaft der Kirchen für Auswandererfragen in Reichenberg darunter vom 18.—21. November. Es sahen an ihr 88 Teilnehmer aus allen 4 Zonen Deutschlands teil, davon waren über 25 Flüchtlinge, alle anerkannt bedürftige Personen. Die Tugend der Arbeitsgemeinschaft der Kirchen für Auswandererfragen in Reichenberg darunter vom 18.—21. November. Es sahen an ihr 88 Teilnehmer aus allen 4 Zonen Deutschlands teil, davon waren über 25 Flüchtlinge, alle anerkannt bedürftige Personen. Die Tugend der Arbeitsgemeinschaft der Kirchen für Auswandererfragen in Reichenberg darunter vom 18.—21. November. Es sahen an ihr 88 Teilnehmer aus allen 4 Zonen Deutschlands teil, davon waren über 25 Flüchtlinge, alle anerkannt bedürftige Personen. Die Tugend der Arbeitsgemeinschaft der Kirchen für Auswandererfragen in Reichenberg darunter vom 18.—21. November. Es sahen an ihr 88 Teilnehmer aus allen 4 Zonen Deutschlands teil, davon waren über 25 Flüchtlinge, alle anerkannt bedürftige Personen. Die Tugend der Arbeitsgemeinschaft der Kirchen für Auswandererfragen in Reichenberg darunter vom 18.—21. November. Es sahen an ihr 88 Teilnehmer aus allen 4 Zonen Deutschlands teil, davon waren über 25 Flüchtlinge, alle anerkannt bedürftige Personen. Die Tugend der Arbeitsgemeinschaft der Kirchen für Auswandererfragen in Reichenberg darunter vom 18.—21. November. Es sahen an ihr 88 Teilnehmer aus allen 4 Zonen Deutschlands teil, davon waren über 25 Flüchtlinge, alle anerkannt bedürftige Personen. Die Tugend der Arbeitsgemeinschaft der Kirchen für Auswandererfragen in Reichenberg darunter vom 18.—21. November. Es sahen an ihr 88 Teilnehmer aus allen 4 Zonen Deutschlands teil, davon waren über 25 Flüchtlinge, alle anerkannt bedürftige Personen. Die Tugend der Arbeitsgemeinschaft der Kirchen für Auswandererfragen in Reichenberg darunter vom 18.—21. November. Es sahen an ihr 88 Teilnehmer aus allen 4 Zonen Deutschlands teil, davon waren über 25 Flüchtlinge, alle anerkannt bedürftige Personen. Die Tugend der Arbeitsgemeinschaft der Kirchen für Auswandererfragen in Reichenberg darunter vom 18.—21. November. Es sahen an ihr 88 Teilnehmer aus allen 4 Zonen Deutschlands teil, davon waren über 25 Flüchtlinge, alle anerkannt bedürftige Personen. Die Tugend der Arbeitsgemeinschaft der Kirchen für Auswandererfragen in Reichenberg darunter vom 18.—21. November. Es sahen an ihr 88 Teilnehmer aus allen 4 Zonen Deutschlands teil, davon waren über 25 Flüchtlinge, alle anerkannt bedürftige Personen. Die Tugend der Arbeitsgemeinschaft der Kirchen für Auswandererfragen in Reichenberg darunter vom 18.—21. November. Es sahen an ihr 88 Teilnehmer aus allen 4 Zonen Deutschlands teil, davon waren über 25 Flüchtlinge, alle anerkannt bedürftige Personen. Die Tugend der Arbeitsgemeinschaft der Kirchen für Auswandererfragen in Reichenberg darunter vom 18.—21. November. Es sahen an ihr 88 Teilnehmer aus allen 4 Zonen Deutschlands teil, davon waren über 25 Flüchtlinge, alle anerkannt bedürftige Personen. Die Tugend der Arbeitsgemeinschaft der Kirchen für Auswandererfragen in Reichenberg darunter vom 18.—21. November. Es sahen an ihr 88 Teilnehmer aus allen 4 Zonen Deutschlands teil, davon waren über 25 Flüchtlinge, alle anerkannt bedürftige Personen. Die Tugend der Arbeitsgemeinschaft der Kirchen für Auswandererfragen in Reichenberg darunter vom 18.—21. November. Es sahen an ihr 88 Teilnehmer aus allen 4 Zonen Deutschlands teil, davon waren über 25 Flüchtlinge, alle anerkannt bedürftige Personen. Die Tugend der Arbeitsgemeinschaft der Kirchen für Auswandererfragen in Reichenberg darunter vom 18.—21. November. Es sahen an ihr 88 Teilnehmer aus allen 4 Zonen Deutschlands teil, davon waren über 25 Flüchtlinge, alle anerkannt bedürftige Personen. Die Tugend der Arbeitsgemeinschaft der Kirchen für Auswandererfragen in Reichenberg darunter vom 18.—21. November. Es sahen an ihr 88 Teilnehmer aus allen 4 Zonen Deutschlands teil, davon waren über 25 Flüchtlinge, alle anerkannt bedürftige Personen. Die Tugend der Arbeitsgemeinschaft der Kirchen für Auswandererfragen in Reichenberg darunter vom 18.—21. November. Es sahen an ihr 88 Teilnehmer aus allen 4 Zonen Deutschlands teil, davon waren über 25 Flüchtlinge, alle anerkannt bedürftige Personen. Die Tugend der Arbeitsgemeinschaft der Kirchen für Auswandererfragen in Reichenberg darunter vom 18.—21. November. Es sahen an ihr 88 Teilnehmer aus allen 4 Zonen Deutschlands teil, davon waren über 25 Flüchtlinge, alle anerkannt bedürftige Personen. Die Tugend der Arbeitsgemeinschaft der Kirchen für Auswandererfragen in Reichenberg darunter vom 18.—21. November. Es sahen an ihr 88 Teilnehmer aus allen 4 Zonen Deutschlands teil, davon waren über 25 Flüchtlinge, alle anerkannt bedürftige Personen. Die Tugend der Arbeitsgemeinschaft der Kirchen für Auswandererfragen in Reichenberg darunter vom 18.—21. November. Es sahen an ihr 88 Teilnehmer aus allen 4 Zonen Deutschlands teil, davon waren über 25 Flüchtlinge, alle anerkannt bedürftige Personen. Die Tugend der Arbeitsgemeinschaft

Affiger Aphorismus

„Füh, ist das eine Affenkälte heute! Affenkälte? 's ist beinahe eine Affenschande, was Sie da sagen, guter Mann; denn nicht Affenkälte heißt das, sondern — Hundekälte. Aber wenn es wieder einmal — wir hoffen auf das nächste Jahr — heißer wird als warm, dann gibt das eine — Affenhitze. Deshalb sind auch die Hundstage angebrochen, wenn wir vor Affenhitze zu zerfließen glauben, Sonnenklar und durchaus logisch, nicht wahr?“

Moment mal. Also, Affenschande, hm, das geht noch an. Und Hundekälte? Geht auch, weil man doch auch sagt: „Kalt wie Hundeschwanz.“ Aber wieso Affenhitze? Hat wohl ein weiser Weißer im heißen Affenland die affige Abstammungslehre studiert und dabei ein hitziges Affen-gemüt seziiert?

Du kluger Mensch, wie töricht sind deine Redensarten allzumal. Der sich noch klüger Währende sucht vergebens nach ihrem Sinn und Gehalt...

Wie nur kam es zu dieser kleinen Affenschande hier? Richtig, weil der Hund den Affen arg in seinen langen Schwanz gebissen hat — weil es nach lauen Novembertagen (Fräulein Bescheidenheit in Person sprach von Affenhitze) über Nacht ordentlich hundekalt geworden ist. Doch wir sind sicher, daß sich das Affchen einst gründlich revanchiert. Wir hoffen und wünschen dies, weil wir nicht mehr zu tun vermögen und erkennen darin unsere ohnmächtige Menschlichkeit auf dieser Welt.

Blicken wir also auf zu den Sternen, die allein uns klar und verheißend leuchten. Bald auch wird der Christstern aufleuchten und die ihm folgenden Tage lehren, was ihnen zu tun gebührt: mit hellem Glanze eitel Frohsinn zu geben dem irdischen Dasein.

Aus weißem wurde „schwarzes“ Mehl Gefängnis für gesetzwidrige Studienfinanzierung

Wegen Schwarzhandeln hatten sich am Montag vor der Karlsruher Strafkammer unter dem Vorsitz von Landgerichtsdirektor Eisenmann drei Studenten zu verantworten. Der Beweisaufnahme zufolge wurde den Angeklagten vorgeworfen, u. a. 20 Zentner Weizenmehl der ordentlichen Bewirtschaftung entzogen zu haben.

Der Angeklagte Ernst Schubersky hatte in der Kriegesgefangenschaft die Bekanntschaft eines Grafen v. N. gemacht und besuchte denselben nach der Entlassung auf dessen Gut. Im Verlauf einer Unterhaltung ließ v. N. u. a. Schwierigkeiten verschiedener Art — den herabgewirtschafteten Hof und Steuerabgaben betreffend — durchblicken, wobei er zu verstehen gab, daß evtl. mittels Mehl etwas zu „machen“ sei. Sch. versprach, bei seiner sich bietenden Möglichkeit darauf zurückzukommen. Diese war gegeben, als sich bald darauf die Angeklagten Helmut Freysack und Werner Fischer kennen lernte, die sich ihrerseits bereit erklärten, 30 Zentner Mehl zu 1000 Mark je Zentner von v. N. zu beziehen und diese Menge dann mit Gewinn in Karlsruhe „schwarz“ zu verkaufen. Während Sch. sich im Hintergrund hielt, machten sich die beiden anderen Angeklagten auf die Suche nach einer geeigneten Transportmöglichkeit.

Bei einer Zusammenkunft mit dem in ein anderes Stadtviertel verwickelten Angeklagten Pappert, erklärte sich dieser bereit, Fahrzeug und Papiere zur Verfügung zu stellen. Um bei einer evtl. polizeilichen Kontrolle eine behördliche Genehmigung für Mehltransport vorzutauschen, schauten Pr. und F. nicht

Die Deutsche Friedensgesellschaft und die Liga für Menschenrechte fanden sich in einer Kundgebung zusammen, auf der die deutschen Schriftsteller Karl von Ossietzky und sein Wirken für Völkerverständigung und Völkerverständigung — Ossietzky war Träger des Friedensnobelpreises — gebührend würdigen. (Für den vorgesehenen Redner des Abends, Graf Steubede-Fernor, Berlin, der keine Reise-genehmigung erhielt, war in dankenswerter Weise der Landgruppenleiter der Liga für Menschenrechte, Dr. Bernert, eingespungen.)

„Ein Deutscher im Gespräch mit 40 Nationen.“ Pastor Dannemann gab vor dem Christlichen Verein junger Männer Karlsruhe einen packenden Erlebnisbericht über die im Anschluß an die diesjährige Weltjugendkonferenz in Oslo veranstaltete Zusammenkunft der Führer der Christlichen Weltjugend in Edinburgh (Schottland). Dreihundert Vertreter aller Völker der Erde, unter ihnen führende Männer des öffentlichen Lebens, erarbeiteten auf dieser Tagung wesentliche Erkenntnisse, nach denen das Gebot um den Frieden für die Welt das vorrangigste Anliegen der Christenheit ist in einer Zeit, in der sich klar und deutlich zeigt, daß nicht Haß, sondern allein Liebe die geschädigten Wunden zu heilen vermag.

Von seinen Indienststellungen in Krieg und Frieden berichtete Pater Felix zu Löwenstein S. J. in einer Veranstaltung der Katholisch-Evangelischen Arbeitsgemeinschaft im Bonifatiushaus. Von der Warte reicher Erfahrungen vermittelte der Redner in sehr netter, anschaulicher Art seine Eindrücke, die er vor und während des Krieges in sieben-jährigen Lagerleben hinter Stacheldraht zur Gänze gesammelt hat.

Über „Nihilismus und seine Überwindung“ sprach Prof. Dr. Karl Flück anlässlich der Schlußfeier der 4. Reihe der Katholisch-Evangelischen Arbeitsgemeinschaft. Mit aller Deutlichkeit umriß der Redner die Entwicklung der Lehre vom Nichts und ihre zerstörende Wirkung, die allein durch Wahrheit in Wissen und Glauben, Charakter und Prinzipienstreue im Leben überwunden

davor zurück, die ihnen von Pappert überlassenen Papiere zu fälschen. Auf diese Weise brachten die beiden Angeklagten in vier Fahrten das Mehl nach Karlsruhe, wo sie den größten Teil mit hohem Gewinn absetzten, während die Polizei den Rest sicherstellen konnte. Weiterhin hatten diese beiden Angeklagten 250 Flaschen Wein, 7,5 Pfund Kaffee, 3 Pfund Kakao, 1 Liter Rapoll und 10 Pfund Rohbrot in der Altstadt aufgekaut und später wieder mit Gewinn weiter veräußert, wobei sie einen Teil selbst für den eigenen Verbrauch behielten.

Das Gericht erkannte gegen Freysack auf 10, gegen Fischer auf 8 Monate Gefängnis, sowie je 3000 Mark Geldstrafe und eine weitere von je 250 Mark. Schubersky wurde zu 4 Monaten Gefängnis und 750 Mark Geldstrafe verurteilt. K. M.

„Er regierte, diktierte und schikanierte“

Sechs Jahre Arbeitslager für den „Schrecken von Daxlanden“

„Woge reichen nicht aus, um das Maß an Leid zu schildern, das der Angeklagte über Daxlanden und seine Einwohner gebracht hat. Würden sie alle einzeln erscheinen, die Verhandlung wäre in acht Tagen noch nicht zu Ende.“ — Das war die alle charakterisierende Anklage eines der 30 Zeugen, die am Samstag vor der Spruchkammer III erschienen waren, um gegen den ehemaligen Stadtschulrat und

werden könne. Mit den gewaltigen Klängen Bachs des Passacaglia in e-moll, von Musikdirektor Wilhelm Rumpf meisterhaft auf der Orgel vorgetragen, fand die Feier einen würdigen Abschluß.

Märchen für Groß und Klein? Vera von Hlynowski brachte wenig Landläufiges aus deutschen, nordischen und fernöstlichen Märchenbüchern zu Gehör. Ihr Mund sprach starken, jedenfalls ungarischen Akzent, ihr Gewand von Tausendundeinacht. Es war schwerlich Kontakt zu finden. Im übrigen — schlichte Märchen zu erzählen heißt nicht übertrieben Theater spielen. Hieb- und Wiedergabe aus dem Gedächtnis und Zungenfertigkeit zu loben, wir vermehren dennoch: Laßt besser die Großmutter Märchen erzählen, die es seit Jahr und Tag schon tut. Immer hat die Zeit dafür gesprochen.

Todesfall. Johannes Lutz, Direktor der Südwestbank (früher Deutsche Bank), Filiale Karlsruhe, wurde am 22. November 1947 plötzlich an einem arbeitsreichen Leben abberufen. Sein Werk galt in gleicher Weise seinem Bankinstitut und unserer heimischen Wirtschaft, die in ihm eine führende Persönlichkeit verlor.

Die SAZ gratulierte Am heutigen Tage feiern Frau Wilhelmine Hunslinger Wwe. Leasingstr. 78a, ihren 82. und Herr August Kuhnmann, Oberweihen-wart a. D. Hanstedt, Ruchgraben 49, seinen 80. Geburtstag.

Unfreundlich Vorhergabe des Amtes für Wetterdienst Karlsruhe, gültig bis Donnerstag: Vorhergabe etwas milder, Tages-temperatur bis +3 Grad, nachts um 9 Grad. Mittwoch vielfach trüblich, vereinzelt Niederschläge, anfangs als Schnee, dann in Regen übergehend.

Tagung der nordbadischen Konditoren

Auf einer Tagung des nordbadischen Landesinnungsverbandes der selbständigen Konditoren im „Ziegleraal“ unter dem Vorsitz von Otto Beck, Durlach, behandelte der Leiter des Gewerbeaufsichtsamtes Karlsruhe, Regierungsrat Dewald, das „Arbeitschutzgesetz in den Konditoreien“ und sprach über die wegen der schlechten Haftbarkeit der Rohstoffe mögliche Aufhebung des Backverbots am Sonntag. Dr. Saubert vom Landwirtschafts- und Ernährungsministerium in Stuttgart gab ein ungeschöntes Bild über die Ernährungslage in Württemberg-Baden. Die Brotversorgung sei gesichert, aber die Beibehaltung von 10 000 q fruchtlich, wenn im Februar/März eine Krise vermieden werden sollte.

Verbunden mit dieser Tagung war die Hauptversammlung der Enkaufgenossenschaft des Badischen Konditorenverbandes. Bei der Neuwahl kamen Kaiser, Karlsruhe; Schaubert, Heidelberg; Gmeiner, Mannheim; Neubrand, Pforzheim; Schuster, Waldorf; Schweinfurt, Baden-Baden und Danz, Freiburg in den Aufsichtsrat, zu dessen Vorsitzenden an Stelle des nun 88 Jahre alten Kollegen Nagel, Karlsruhe, Kollege Kaiser, Karlsruhe, gewählt wurde, der bisher Vorsitzender der Kin-

Ortsgruppenleiter Hermann Feigen-butz auszusagen.

Wie die Beweisaufnahme ergab, schloß der Hauptschuldige auf Grund seiner Parteigehörigkeit zu den sogenannten „alten Kämpfern“ und hatte in seiner zwölfjährigen Tätigkeit als Ortsgruppenleiter von Daxlanden der NS-Bewegung außerordentliche Unterstützung gewährt. Seit 1927 aktiv für die Ziele des Nationalsozialismus, verstand er es, in der Folgezeit eine Gewalt Herrschaft aufzurichten und auszubauen! Seine egoistische, hemmungslose Natur, die keine Genugtuung um sich dulden, hatte sich zum Ziele gesetzt, als der kommunistische Hochburg eine solche der Nazis zu machen. Dazu war ihm jedes Mittel recht. Sein Vorgehen gegen den Klerus, Unterbindung des Religions-Unterrichtes, Vertreibung der Schwestern aus deren Heim, geschah ebenso skrupellos, wie er es meisterhaft verstand, aus der Schule eine Filiale nationaler Propaganda zu machen und die ihm nicht „gelegenen“ Lehrer ins Elend zu versetzen. Selbst als Soldat gewesen, scheute er sich nicht, einem auf Urlaub befindlichen Soldaten Unwürdigkeit vorzuwerfen, die darin bestand, daß er einen zu kleinen Beitrag zur Eintopfsammlung gespendet hatte. Frühere Angehörige der Linksparteien schikanierte er durch Anzeigen, Versetzungen, Disziplinarstrafen; es beeindruckte ihn wenig, daß ihn ein Zeuge für den Tod seines Vaters verantwortlich machte.

Die Entlastungsaussagen, die keine Milderung ergaben, erfuhren eine sensationelle Wendung, als der öffentliche Kläger in dem Stenographen Weemuth einen Vertrauensmann des SD entlarvte und ihn an Hand eines Briefes der Denunziation überführte. Die Beweisaufnahme schloß auf Antrag des öffentlichen Klägers mit der sofortigen Verhaftung des „Entlastungszeugen“.

Sachlich begründet, zeigte das Plädoyer des Klägers die unheilvolle Rolle des Hauptschuldigen auf. Er beantragte seine Einreihung in Gruppe I, Beschlagnahme des Gesamtvermögens bis auf 2000 Mark, Einweisung in ein Arbeitslager auf 7 1/2 Jahre, Berufsverbot auf Lebenszeit und Kostentragung des Verfahrens.

Der Spruch der Kammer lautete auf Einreihung in die Gruppe der Hauptschuldigen, sechs Jahre Arbeitslager, sowie auf die anderen vom öffentlichen Kläger beantragten Strafen und die sofortige Verhaftung des Folgenbutz im Gerichts-aal.

K-M.

Das neue Gesicht unserer ältesten Bibliothek

Der hinter uns liegende unglückliche Krieg hat ungeheures Opfer an Menschenleben, an Wohnraum, an Hab und Gut, wie an künstlerischen und kulturellen Werten gefordert. Neben den blutigen Opfern der Schlachtfelder und des Luftkrieges sind die Verluste kultureller Art die schmerzlichsten, weil sie weitgehend nicht ersetzt werden können.

Dies gilt ganz besonders für die Verluste der deutschen Bibliotheken. Nähere zusammenfassende Angaben liegen jetzt für die wissenschaftlichen Bibliotheken vor (A. G. Leyh, Die dt. wissenschaftlichen Bibliotheken nach dem Krieg, Tübingen 1947). Danach ist der weitaus größte Teil des Bestandes der deutschen Bibliotheken vernichtet. Aber auch die übrigen Bibliotheken, einschließlich der Volksbibliotheken sind schwer getroffen.

Besondere kulturelle Bedeutung erlangten die gewerblichen und technischen Fachbibliotheken, die von staatlichen Gewerbeförderungsanstalten, Gewerbebeschörden und auch von privaten Vereinigungen unterhalten wurden. Hierzu gehört auch die (staatliche) Gewerbebibliothek des Badischen Landesgewerbeamtes in Karlsruhe. Mit dem Gründungsjahr 1883 erhöhte sie zu den ältesten und größten Bibliotheken dieser Art und war in ihrem Bestand umfassend, in Aufstellung und Katalogisierung vorbildlich. Der 1911 gedruckte Schlagwortkatalog ist heute noch ein wertvolles bibliographisches Nachschlagewerk. Bis 1937 war die Bibliothek auf 90 000 Bände angewachsen, darunter befanden sich viele große Tafelwerke und 750 000 St. Patentschriften. In der gleichen Nacht, in der die Badische Landesbibliothek ihre wertvollen Bestände verlor, ging auch sie in Flammen auf. Nur die Vorderassise des Gebäudes ist als letzter Keuz des einstigen schönen Weinbrennerhauses stehen geblieben.

Nachdem noch im gleichen Jahre in der Kreuzstraße 1, dem Gebäude der ehem.

Vereinsbank, neue Räume bezogen waren, wurde mit Unterstützung des Karlsruher und des auswärtigen Buchhandels der Grundstock zu einer neuen Böhrelei für Handwerk, Handel und Industrie gelegt. Die Bestände wurden teils im Keller, teils in einem Dorschluis im Keller, teils im Restant untergebracht, sie blieben erhalten. Die Beschädigungen, die das Gebäude in der Kreuzstraße erlitt, erforderten eine Verlegung des Böhreleibetriebes nach dem Schloßbezirk 7, wo die Böhrelei nach Rückführung der verlegten Bestände, abseits von jedem Verkehr und für die Besucher etwas unumständlich erreichbar, inmitten von Trümmern eine neue vorläufige Unterkunft zusammen mit dem Landesgewerbeamt und der Eich-direktion gefunden hat.

Mit ihren gegenwärtig fast 2000 Bänden (die laufend vermehrt werden) ist sie weitgehend in der Lage, den Bedürfnissen nach Fachliteratur für alle Gewerbe, Kunstgewerbe, Kunst und Baukunst, sowie für Industrie und Technik Rechnung zu tragen. Der im Studium oder Fachausbildung stehenden Jugend der Gewerbe- u. Fachschulen, des Staatstechnikums, für die Vorbereitung zur Gesellen- und Meisterprüfung, für die Weiterbildung jedes Gewerbetreibenden und Industriefreien leistet sie unschätzbare Dienste. Da bei der Beschaffung der Werke auch besonders auf Mathematik und Naturwissenschaften Wert gelegt wurde, ist die Böhrelei in der Lage, den Studierenden der Technischen Hochschule eine wertvolle Ergänzung der gerade in den genannten Gebieten schwer geschädigten Hochschulbibliothek zu bieten, wovon auch reichlich Gebrauch gemacht wird. Eine beachtliche Anzahl von Zeitschriften und Nachschlagewerken steht im Lesesaal zur Verfügung. Ein alphabetischer und letzter verständlicher Schlagwortkatalog ermöglicht den Entleihen die Einsicht in den vorhandenen Bestand. Entleihen wird sowohl am Ort wie nach allen auswärtigen Orten Baden, auch Südbadens (gegen Erstattung der Postkosten). Lde.

Rote Kreuz und die Arbeiter-Wohlfahrt. Die von städt. Wohlfahrtsverwaltung Betreuten erhalten ihre Spende durch diese Stelle, zusammen mit ihrer monatlichen Unterstützung. Die Ausweiskarte der KNO ist unbedingt vorzulegen. }

Die Kundgebung mit Dr. Kurt Schumacher am Donnerstag, den 4. Dezember, in der Markthalle beginnt bereits um 19 Uhr, damit die Bewohner der Vororte Gelegenheit haben, noch mit der Straßenbahn nach der Versammlung zurückzukehren.

Die Wintersportabteilung der „Naturfreunde“ veranstaltet am Samstag, 6. Dezember, um 19.30 Uhr, im Restant „Bavaria“ einen bunten Abend unter dem Motto: „Brettle hupf“.

Karlsruher Kammerspiele. Die auf unserem Spielplan für den Passage-Platz angekündigten Vorstellungen am Dienstag, den 2. Dez. Mittwoch, den 3. Dez. und Sonntag, den 7. Dez. „Das tapfere Schindlerlein“ finden nicht statt und werden auf einen späteren Zeitpunkt verlegt. }

Die Plakatsäule

Kindermilchmehlmittel. Ab der 100. Zuteilungsperiode (S. 12. 47) wird der Kreis der Kinder, für die Kindermilchmehlmittel bezogen werden können, erneut eingeschränkt. Es erhalten von diesem Zeitpunkt ab nur noch die Kinder bis zu 3 Jahren Kindermilchmehlmittel, die eine städtische Bescheinigung vorliegen. Näheres siehe Amtliche Bekanntmachungen.

Trockenmilch wird an Stelle von nicht-erhaltenen E-Milch an Verbraucher über 6 Jahre ausgegeben. Näheres siehe Amtliche Bekanntmachungen. ea.

„Karlsruher Notgemeinschaft“. Die Auszahlung der Weihnachtsspenden erfolgt ab Dienstag, 3. Dezember, durch den Caritasverband, die Innen Mission, das

PARTEIEN SPRECHEN ZUR WAHL

Die an dieser Stelle veröffentlichten Beiträge der Parteien zu den Gemeinde- und Stadtratswahlen erscheinen außerhalb der Verantwortung der Redaktion.

DVP: Personalpolitik

Man hört es jeden Tag: „Der Hinterhuber erreicht doch alles. Das hat er gekriegt, jenes durchgesetzt — also, ich weiß nicht, wie das kommt.“

Die Demokratische Volkspartei kann es sich leisten, zu sagen, wovon das kommt. Es kommt von der parteigebundenen Personalpolitik, von dem handfesten Streben der politischen Parteien, möglichst alle Behörden oder sonstige öffentliche Einrichtungen mit ihren Leuten zu durchsetzen. Es kommt von dem Streben, seinen Mitglidern wirtschaftliche Vorteile zu bieten und damit seinen eigenen Bestand zu untermauern. Parteibuch und Tauschschein sind hier der Paß, der dem Inhaber alle Türen öffnet, ihm „Schutz und Hilfe“ gewährt oder ihm zumindest praktische Weisungen zuteil werden läßt.

Dieses System ist der Allgemeinheit nicht zuträglich. Deshalb nicht, weil die einen meistens Erfolg haben, während die anderen, die Leute ohne Beziehungen, meistens die Dummen sind. Für die Allgemeinheit gefährlich ist es deshalb, weil niemand eine Pflichtverletzung vorgeworfen werden kann. Kann man einen dafür bestrafen, wenn er — ganz privat natürlich — einem anderen einen Tip dafür gibt, wie er es anstellen muß, um unter den momentan gegebenen Umständen seine Sache erfolgreich zu „durchzubringen“? Bis der kleine Mann ohne Beziehungen sich mal wieder im Geschäft freigezogen hat und seinen einfachen Antrag eingereicht hat, darf der „Kriegsgeldige im Leben“ bereits annehmen, daß seine Sache mit Aussicht auf Erfolg läuft.

Ist das Demokratie? Nein. Das ist Parteibuchbürokratie. Schon in der Zeit der Weimarer Demokratie berühmt-berühmter, ist dieses System drauf und dran, in der breiten Öffentlichkeit sich heute wieder das Vertrauen zur Demokratie zu untergraben. Aus Respekt vor der Demokratie, aus Respekt vor der Gleichberechtigung aller und aus dem Wissen um die Gründe, die der Weimarer Demokratie mit zum Niederknicken verholfen haben, hat sich die Demokratie der Volkspartei bewußt an dieser parteigebundenen Personalpolitik nicht beteiligt. Wie kann ein Mensch Vertrauen haben zu einer Demokratie, die von jedem die gleichen Pflichten fordert, wenn ihre Parteien schon anfangen, das Volk in „Parteibuch- bzw. Tauschschein-Aristokratie“ und „Gewöhnliche“ zu unterscheiden? Dieser Untertreibung gilt von Anfang an unser Kampf. Unsere Forderung ist: Programm! Gleiches Chance jedem Menschen. An ihm liegt es nun, Abhilfe zu schaffen!

Gibt eure Stimme den Männern und Frauen der Demokratischen Volkspartei

K-M.

KPD: „Generalstreik“

Unter dieser Überschrift veröffentlichte die DVP in den Karlsruher Zeitungen einen Wahlartikel. Die darin zum Ausdruck gebrachte Verhöhnung der arbeitenden Menschen kann nicht unverständlich bleiben. Die Ansicht der DVP, daß die Vorbereitung von 50 Waggon Kartoffeln für die Mannheimer Werkstätten eine ganz normale Sache ist, wirft ein bezeichnendes Licht auf die soziale Haltung dieser Unternehmensepartei. Die gerechte Forderung der Mannheimer Betriebsräte nach schärften Maßnahmen gegen von der DVP in eine „sozialistische Zwangsmaßnahme“ umgewandelt und die bisherige Arbeit unserer Ernährungsbürokratie als einwandfrei bezeichnet. Den Gipfel der politischen Niedertracht erklimmt die DVP mit der Behauptung, daß die Arbeiterkraft im Westen bereits im Besitz des Mitbestimmungsrechtes sei. Unser Minister Kohl und „seine Freunde“ und mit ihnen die werktätige Bevölkerung in Württemberg-Baden wären mit ihrer Forderung der vollen Mitbestimmung schon weiter gekommen, wenn nicht gerade die DVP und der politisch bestimmende Unternehmerrügel der CDU jeden Versuch des Arbeitsministeriums, eine gesetzliche Basis für die Rechte des arbeitenden Volkes zu finden, sabotieren würden.

Die DVP tritt heute mit der Forderung nach einer „freien Wirtschaft“ vor die Öffentlichkeit, um zu erreichen, daß die restlichen dreißig Prozent unserer Industrieproduktion, die bisher noch nicht die dunklen Wege des schwarzen Marktes und Kompensation unserer DVP- und CDU-Industrieerben gegangen sind, auch noch aus den Augen unserer Bevölkerung verschwinden.

Ausgerechnet die DVP, die Partei der Auspönderer unseres Volkes klagt die Betriebsräte und Betriebschaften als Lieferanten des grauen Marktes an. Lieber, sie würden es gerne sehen, die Herren Großunternehmer, wenn die Betriebschaften im kleinen an diesen volks-schädlichen Geschäften beteiligt wären, könnten sie sich damit doch das Schwergen der Gewerkschaftler über ihre unsauberen Geschäfte erkaufen.

Die DVP hat sich mit ihrem Artikel „Generalstreik“ wieder einmal demaskiert und das schaffende Volk wird ihr am 3. Dezember die Antwort nicht schuldig bleiben.

F. K. H. Dietz, Kreisvorsitzender.

Erinnerungen an französische Verse

... haben Sie und ich die Illusion, es wäre ein voller Saal.“ Eine Persönlichkeit wie Albrecht Schönhals hat gewiß nicht allereinst nötig, seiner den Alltag bezwingenden, erbebenden Feiernstunden eine derartige Begründung — dennoch lächelnd — voranzustellen. Es denkt bescheidend für Karlsruhe!

Gleichwohl, wer am Sonntagvormittag der „Kurbel“ saß, gab sich dankbar einem vollen Genusse hin. Am seinen im Frühjahr erscheinenden Erinnerungen an französische Verse reicht der Künstler mit liebenswürdiger Geste feine, zugeweiht innig verhaltene Kontroben. Die kostbare Lyrik Verlaimes, Baudelaire, des jungen Rimbaud hat er zu „übertragen versucht“, nicht mehr und nicht weniger vollend, als die inneren Worte und Gedanken zum Reimen und Klängen zu bringen — für uns. Er hat es mit dem Herzen, mit Bedacht, und darum mit Erfolg getan. Dem Charme und dem Melodienreichtum der französischen Dichtersprache schmiegt sich die deutsche Bearbeitung geschmeidig an; es ward uns vieles gesagt. Wir freuen uns auf das Werk als Ganzes. P.

Film-Notizen

„Die Frau, von der man spricht“

Ein nicht eben neues, aber immer wieder reizvolles Thema wird hier auf entzückende Weise — gewürzt mit geistvollem Humor, spritzig gebrachter Situationskomik, einigen kleinen, in ihrer Art durchaus erheiternden Unmöglichkeiten und einem Schuß Sentimentalität — zu einer der amüsansten Filmkomödien verarbeitet, die wir sehen. Von den durchweg guten darstellerischen Leistungen verdienen die Katharine Hepburns und Carola Höhnns, der deutschen Sprecherin dieser Rolle ebenso besondere Würdigung, wie Spencer Tracy's Debut als Komiker eine freudige Überraschung für seine Freunde

K-M.

